

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Stollfußerdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierpaltige Zeile 30 Pf.,
Stellengedruckte 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf., Veranmerkungensatzungen zc. 10 Pf. Preisanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 31.

Berlin, den 28. Juli 1906.

22. Jahrgang.

Sorgt für regen Vertrieb der Sammellisten!

Einigungsverhandlungen erneut abgelehnt!

Am 24. Juli nachmittags ging beim Verbandsvorstand noch nachstehendes Telegramm ein:

„Wir lehnen erneute Einigungsverhandlungen ab und verweisen Sie wiederholt auf den Inhalt unseres Schreibens vom 19. Juli. Wenn die Arbeit in allen Betrieben in Berlin, Stuttgart und Leipzig am 26. Juli nicht wieder aufgenommen wird, dann ziehen wir unsere Zugeständnisse betr. die Erhöhung der Minimalstundenlöhne, sowie unsere Einwilligung zur Revision des Tarifs zurück.“

Verband deutscher Buchbinderbesitzer.
Frische.“

*
*
*
Alia jacta est! Der Würfel ist gefallen! Die Unternehmer unseres Berufes wollen keinerlei Zugeständnisse mehr machen, im Gegenteil, sollte bis zum Donnerstag, den 26. d. M., die Arbeit nicht wieder aufgenommen sein, dann werden auch die „Zugeständnisse“, die von ihnen gemacht sind, wieder zurückgezogen. Nun, unsere Kollegenchaft hat entschieden, daß diese Zugeständnisse nicht akzeptabel sind. Damit ist auch die Nichtsahnur für den weiteren Verlauf des Kampfes gegeben. Die Parole heißt jetzt: Durch, bis zum Ende!

An unsere Mitglieder außerhalb des Kampfgelbietes brauchen wir wohl nicht erst nach dieser erneuten Wendung der allgemeinen Sachlage die Aufforderung zu richten, daß es ihre heiligste Pflicht ist, alle Kräfte anzuspannen, damit die wackere Schar, die jetzt ein Vierteljahr im Kampfe steht, so unterstützt wird, daß die Hoffnung der Unternehmer, die Bewegung werde jetzt in sich selbst zusammenfallen, eine Hoffnung bleibe. Kollegen und Kolleginnen! Sei ein jeder und eine jede auf dem Posten. Achtet darauf, daß nirgends Streikarbeit angefertigt wird. Sorgt für regen Vertrieb der Sammellisten. Tatkräftige Hilfe ist jetzt notwendig. Materielle Unterstützung muß unseren ausgesperrten Kollegen und Kolleginnen zuteil werden. Kollegen und Kolleginnen des deutschen Buchbinder-Gewerbes! Tut Eure Pflicht. Stellt Euch hinter unsere tapferen Kämpferschar wie ein Mann, und wir können getrostes Mutes in die Zukunft sehen. Die Milch der frommen Denkart muß sich angesichts der Halsstarrigkeit der Unternehmer in gärendes Drachenblut verwandeln. Hier hilft kein Zaudern mehr. Tatkräftiges Handeln nur kann uns nützen. Frisch auf ans Werk!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. In Nr. 24 der „Buchb.-Ztg.“ haben wir an dieser Stelle das dringende Ersuchen an die Zahl-

stellen und Gaue gerichtet, uns bis spätestens 15. Juli die Abrechnungen des 2. Quartals sowie die überschüssigen Gelder einzuliefern. Mit Bedauern müssen wir konstatieren, daß nicht einmal die Hälfte aller Zahlstellen und Gaue unserem Ersuchen entsprochen hat. An die noch ausstehenden Orte richten wir hiermit die dringende Aufforderung, unverzüglich ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Mit Bedauern müssen wir weiter konstatieren, daß ein großer Teil der Verbandsmitglieder mit den Beiträgen sehr im Rückstande ist.

Unsere Aufforderung in Nr. 24 der „Buchb.-Ztg.“, die wir an unsere Mitglieder richteten, hat also eine befriedigende Würdigung nicht gefunden.

Wir sehen uns daher aufs neue veranlaßt, an alle Mitglieder das dringende Ersuchen zu richten, die Beitragspflichten aufs gewissenhafteste zu erfüllen. Zu einer Zeit, wo wir auf die Unterstützung der allgemeinen Arbeiterschaft angewiesen sind, müssen die Mitglieder in allererster Linie ihre Pflichten in vollkommener Weise zu erfüllen bestrebt sein.

2. Um Zeitwörter im Kleben der Beitragsmarken zu vermeiden, wolle man beachten, daß für die Woche vom 29. Juli bis 4. August das mit der Ziffer 31 bezeichnete Beitragsfeld im Mitgliedsbuch oder -Karte zu bekleben ist. Der Beitrag ist nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

3. Um eine einheitliche Abrechnung der auf Listen gesammelten Gelder mit der Verbandskasse herbeizuführen, ersuchen wir die mit den Kassengeschäften betrauten Funktionäre, die bis zum 30. Juni auf Listen eingegangenen Gelder in der Abrechnung des zweiten Quartals unter Ziffer 6 der Einnahmen im Abrechnungsfornular mit einzustellen.

Die Sammellisten sind als Einnahmebelege der Abrechnung mit beizufügen, nebst einer von mindestens zwei Revisoren gegenzeichneten Aufstellung der auf den einzelnen Listen gezichneten Beträge. Die von den einzelnen Zahlstellen aus lokalen Mitteln der Verbandskasse überwiesenen Beträge sind in gleicher Weise zu verrechnen.

Der Verbandsvorstand.

J. N.: Kloth.

Zur Aussperrung.

Nachdem in der letzten Nummer der „Buchb.-Ztg.“ die Ergebnisse der Verhandlungen in Leipzig nur kurz skizziert werden konnten, lassen wir heute den Vertrag im Wortlaut folgen. Wir betonen, daß hierbei einige Abweichungen mit dem Urtext vorhanden sein mögen, da, wie schon an anderen Stellen gesagt, das Original des Vertrages sich in den Händen des Kollegen Dietrich-Stuttgart befindet.

Es ist ebenfalls schon in der letzten Nummer der Zeitung gesagt worden, daß die Unterschrift zu dem vorliegenden Vertrag seitens unserer Vertreter nur geleistet worden ist vorbehaltlich der Zustimmung der öffentlichen Versammlungen in Berlin, Leipzig und Stuttgart. Diese Versammlungen haben, wie aus den diesbezüglichen Berichten ersichtlich, diesen Vertrag — fast kann man sagen einstimmig — abgelehnt und erklärt, daß man sich mit diesem Vertrag nicht einverstanden erklären kann. Durch diese unzweideutige Stellungnahme ist auch die geleistete Unterschrift unserer Vertreter null und nichtig geworden, und der Kampf wird weitergeführt, bis bessere, annehmere Zugeständnisse erungen sind.

Nun sind unsere Vertreter ob ihrer Stellungnahme bei den Verhandlungen am 11. und 15. Juli außerordentlich heftig angegriffen worden, und auch der „Buchb.-Ztg.“ wurde dabei manch derber Sieb verjast.

Wir wollen uns jetzt nicht rechtfertigen, denn dies dürfte im gegebenen Moment nicht am Plage sein. Aber die Angriffe, denen unsere Vertreter ausgesetzt waren, dürfen nicht so ganz unwidersprochen gelassen bleiben. Wir müssen hierbei immerhin bedenken, daß sie von dem Gedankensystem heranzuholen, was nur eben heranzuholen war. Vergleichen wir doch nur den Entwurf des Vertrages, wie er unseren Vertretern unterbreitet worden ist, mit dem, was jetzt vor uns liegt, dann werden wir immerhin anerkennen müssen, daß unsere Delegierten die Vorwürfe, die man ihnen gemacht, nicht verdient haben. Nicht verdient haben in dem Sinne, als sie tatsächlich ihr Bestes getan haben, den Vertrag für uns so günstig als möglich zu gestalten. Dem in seiner ursprünglichen Gestalt enthielt derselbe Bestimmungen, welche dem Leser die Schamröte ins Gesicht treiben ließ, Bestimmungen, welche geeignet waren, uns vollständig zu einer gelben Gewerkschaft zu degradieren. Zugestehen wollen wir, daß einige Punkte von den Unternehmern selbst fallen gelassen worden sind.

Wenn nun das Resultat der Bemühungen unserer Vertreter nicht den Erwartungen entspricht, die die große Masse daran geknüpft hatte, dann ist dies doch wohl zum wenigsten als Schuld unseren Vertretern als vielmehr dem Starrsinn der Unternehmer zuzuschreiben, welche bei jeder Gelegenheit erklären, daß es das

äußerste sei, was sie zubilligen könnten. Wir dürfen darum nicht verkennen, daß andere Vertreter ebenfalls nicht mehr erzielt haben würden. Weiter kommt in Betracht, daß das letzte Wort den öffentlichen Versammlungen überlassen war. Diese konnten nur immer entscheiden, wie sie wollten, und sie haben dies ja auch getan, indem sie den vorliegenden Vertrag verwarfen.

Das eine steht ja fest, daß uns dieser von den Versammlungen abgelehnte Vertrag unter keinen Umständen befriedigen konnte. So ist es in allererster Linie die Zeit des Ablaufes des Tarifes, welcher zur unverhülltesten Kritik herausfordert.

Daß wir den von den Unternehmern bestimmten 30. April als Ablauf des Tarifes nicht zustimmen können, bedingt schon unser Selbsterhaltungstrieb, und es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn wir noch weitere Worte hierüber verlieren wollten.

In innigstem Zusammenhang mit dem Ablaufdatum des Tarifes steht das Inkrafttreten der erhöhten Minimalstundenslöhne. Denn von dem Tage, an welchem der neue Tarif in Kraft zu treten hätte, müßten auch die erhöhten Stundenlöhne zur Auszahlung kommen. Weiter vermischen wir in dem Vertrag eine bessere Berücksichtigung der Interessen der Arbeiterinnen. Denn das Zubilligen von nur 1 Pf. Erhöhung auf eine Zeitdauer von zirka fünf Jahren dürfte nicht geeignet sein, Zufriedenheit in den Kreisen der Arbeiterinnen zu erwecken. Auch hierzu ist zu erwarten, daß sich die Unternehmer eines Besseren befinden werden und den Arbeiterinnen ebenfalls eine Erhöhung ihrer Minimalstöhne von je 2 Pf. am 1. September 1906 und 1908 zu sichern. Was nun weiter die Frage des bestehenden Affordtarifes anbelangt, so können wir in dieser Sache auf das Schreiben des Verbandes deutscher Buchbinderbesitzer vom 21. Juli, welches an anderer Stelle zum Abdruck kommt, hinweisen, worin derselbe selbst erklärt, die bestehenden Mängel des Tarifes durch gemeinsame Beratungen ausgleichen zu wollen. Daß diese Beratungen jedoch nicht erst im Januar nächsten Jahres stattfinden, sondern so rechtzeitig, daß auch der also abgeänderte Affordtarif am 1. September 1906 in Kraft treten kann, dürfte ebenfalls als Forderung von Seiten unserer Kollegenchaft hochgehalten werden. Weitere Punkte, von denen nicht abgegangen werden kann, ist die Niederschlagung des Stuttgarter Gewerbegerichtsurteils und die Wiedereinstellung der ausgesperrten. Unsere Stuttgarter Kollegenchaft ist es speziell, welche diesen Punkt mit aller Entschiedenheit hochhält. Und man muß auch zugeben, daß gerade in Stuttgart die Verhältnisse in dieser Beziehung am günstigsten liegen, da dort die wenigsten Arbeitswilligen vorhanden sind.

In vorliegender Nummer bringen wir den seit den Verhandlungen gepflogenen Briefwechsel der beiderseitigen Verbandsvorstände zur Kenntnis unserer Mitglieder. Aus diesem ist der gegenwärtige Stand der Bewegung am besten zu ersehen. Wir stehen jetzt vor der entscheidenden Frage: Wird der Unternehmerverband unseren geltend gemachten Antrag auf erneute Verhandlungen akzeptieren oder nicht?*)

Soviel ist sicher, unsere Kollegen und Kolleginnen haben lange im Kampfe ausgeharrt, sie stehen aber auch noch länger so einig und geschlossen zusammen, wie am ersten Tage der Aussperrung. An unseren noch in Arbeit stehenden Kollegen liegt es jedoch, unsere wackeren Kämpfer nach jeder Richtung hin zu unterstützen. Intensiv müssen sie arbeiten, um einen Teil der den Aussperrten aufgebürdeten Last zu tragen. Keiner wird sich dieser Pflicht entziehen, sondern alle werden dazu beitragen, daß unsere Organisation gestärkt und gestählt aus diesem Kampfe hervorgeht.

In nachfolgenden bringen wir unseren Mitgliedern den seit den Verhandlungen in Leipzig zwischen den beiderseitigen Verbandsvorständen gepflogenen Schriftwechsel zur Kenntnis.

Am 20. d. M. erhielt unser Zentralvorstand nachstehendes Schreiben:

Leipzig, den 19. Juli 1906.

An den Deutschen Buchbinderverband zu Händen des Herrn Emil Kloth, Berlin.
Wir haben aus Zeitungsberichten ersehen, daß Sie Ihr, uns am 15. Juli a. c. durch Ihre Unterschrift gegebenes Versprechen, die Annahme des am 15. Juli mit uns abgeschlossenen Vertrages zu empfehlen, gehalten haben.

Wir haben aber auch zu unserem Bedauern erfahren müssen, daß die Buchbinderversammlungen in Leipzig, Berlin und Stuttgart Ihrem Rate nicht gefolgt sind und den Vertrag nicht anerkannt haben.

Die Buchbinderversammlungen haben Resolutionen gefaßt, mit denen Sie beauftragt wurden, mit dem unterzeichneten Verband deutscher Buchbinderbesitzer erneute Verhandlungen anzuknüpfen, um günstigere Bedingungen für den Friedensschluß zu erringen.

Sie haben aus den Einigungsverhandlungen zweifellos die Ueberzeugung mitgenommen, daß unsere Forderungen mit dem vorgelegten Vertrag gemachten Zugeständnisse das Äußerste sind, was wir gewähren können. Wir sind nicht in der Lage, weitere Zugeständnisse zu machen, und deshalb werden erneute Verhandlungen mit uns zu keinem Ergebnis führen.

Wir sind auch heute noch bereit, den Vertrag vom 16. Juli a. c. als für uns bindend anzunehmen. Sollte dagegen die Arbeit nicht in allen Betrieben in Leipzig, Berlin und Stuttgart bis zum 26. Juli d. J. wieder aufgenommen sein, dann ziehen wir unsere Zugeständnisse, betreffend die Erhöhung der Minimalstundenslöhne, wie solche in § 3 des Vertrages verzeichnet sind, zurück.

Geschäftsschluß

Verband deutscher Buchbinderbesitzer.
F. Frischke.

Die Antwort hierauf lautet:

Berlin, den 20. Juli 1906.

An den Vorstand des Verbandes deutscher Buchbinderbesitzer zu Händen des Herrn Kommissionsrats H. Frischke, Leipzig.

Im Begriff, Ihnen von den Beschlüssen der Versammlungen in Berlin, Leipzig und Stuttgart Kenntnis zu geben, empfangen wir Ihren Brief vom gestrigen Tage und nehmen auf denselben hier gleich mit Bezug.

Wir sind sowohl in den öffentlichen Versammlungen als auch in den denselben vorausgehenden Vertrauensmännerversammlungen für den Vertrag vom 15. Juli eingetreten und waren befreit, dessen gute Seiten hervorzuheben, trotzdem es uns nicht leicht war, weil der Vertrag den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterchaft zu wenig Rechnung trägt.

Zum guten Teil war unsere Miße besonders deswegen erfolglos und wurde eine ablehnende Stimmung dadurch erzeugt, weil der ursprüngliche Vertragsentwurf, wie er von Ihnen vorgelegt wurde, Bedingungen enthielt, die als grundsätzlich unannehmbar bezeichnet wurden und bei deren Annahme wir ohne Zweifel den Ausschluß unseres Verbandes aus dem Gesamtverband deutscher Gewerkschaften zu gewärtigen gehabt hätten. Dadurch wurde auch ein starkes Mißtrauen gegen die anderen Teile des Vertrages hervorgerufen.

Was nun die in den Versammlungen aufgestellten und in entsprechenden Resolutionen niedergelegten Forderungen anbelangt, so werden wir dieselben hier kurz anführen.

Die Berliner Versammlung verwarf den ganzen Vertrag und wollte lieber eine tariflose Zeit mit in den Kauf nehmen, ehe man den Vertrag annehme.

Die Leipziger Versammlung resolvierte für Einführung der erhöhten Lohnsätze für Arbeiter und Arbeiterinnen nicht erst ab 1. Mai 1907, sondern ab 1. September dieses Jahres und für eine weitere Erhöhung vom 1. September 1906. Ferner für eine prozentuale Lohnerhöhung auch für diejenigen, welche die Minimallöhne bereits erhalten, gemeinsame Durchsicht des Affordtarifs, um die hauptsächlichsten Mängel desselben vor dem Neudruck zu beseitigen und außerdem die Wiedereinstellung der Ausständigen nach der Anciennität auf ihre alten Plätze. Würden die Herren Prinzipale in diesen Punkten Entgegenkommen zeigen, so wären die Versammlungen gern bereit, Frieden zu schließen, anderenfalls aber auch sie auf das Abschließen eines derartigen Vertrages verzichten.

In Stuttgart beschloß die Versammlung folgendes: Erhöhung der Löhne für Arbeiter (vom 6. Berufsjahre an), für geübte Arbeiterinnen sowie Spezialarbeiterinnen um je 2 Pf. vom 1. September 1906 an und um weitere 2 Pf. vom 1. September 1908 an. Im Affordtarif sind die Positionen für Falzen, Maschinenzalzen, Zusammentragen und Broschieren entsprechend zu erhöhen. Die Erhöhungen sollen von einer gemeinsamen Kommission der Prinzipale und Gehülfen festgesetzt werden und

vom 1. September 1906 in Kraft treten. Ferner: Wiedereinstellung sämtlicher Ausständigen an ihre alten Plätze, die rückständigen Lohnguthaben sind allen Ausständigen resp. Aussperrten auszuführen und das Urteil vom Stuttgarter Gewerbegericht soll nicht zur Vollstreckung gebracht werden.

Von allen drei Städten wurde ganz besonderer Widerspruch gegen die Verlegung des Anfangstermins des Tarifes vom 1. September auf den 1. Mai erhoben, da man mit Recht die Veränderung eines zehnjährigen Zustandes jetzt umsondeniger billigen konnte, als eine fünfjährige Vertragsdauer beabsichtigt und ein besseres Zusammenarbeiten beider Verbände vorgeesehen ist.

Das wären so im Umriß die Wünsche der öffentlichen Versammlungen in Berlin, Leipzig und Stuttgart.

In aller Höflichkeit müssen wir Ihrer Annahme widersprechen, als hätten wir zweifellos aus den Einigungsverhandlungen die Ueberzeugung mitgenommen, daß Ihre in dem Vertrag niedergelegten Zugeständnisse das Äußerste sind, was Sie gewähren könnten. Wir vermögen Ihnen zwar sehr wohl nachzufühlen, wie es Ihnen gleich uns schwer wird, von dem einmal eingenommenen Standpunkt abzugehen, allein im Interesse des gewerblichen Friedens, der auf 5 Jahre und hoffentlich darüber hinaus gesichert wäre, könnten beide Teile diesem Ziel wohl Opfer bringen.

Wir bedauern daher, wenn Sie annehmen, daß erneute Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen würden und erlauben uns, gegenteiliger Meinung zu sein. Wir beantragen daher in Ausführung des uns von allen drei Tarifstädten gewordenen Auftrages weitere Verhandlungen und wünschen diese auf Grund des Vertrages vom 15. Juli unter tunlichster Berücksichtigung der Anträge der letzten öffentlichen Versammlungen geführt zu sehen.

Die Vertretung unsererseits würde aus denselben Personen wie am 15. Juli bestehen und sehen wir Ihrer gefälligen Einladung zu solchen Verhandlungen entgegen.

Die Wiederaufnahme der Arbeit in allen Betrieben von Berlin, Leipzig und Stuttgart zu den Bedingungen des unveränderten Vertrages vom 15. Juli halten wir für ausgeschlossen, da die Versammlungen mit erdrückender Majorität den Vertrag abgelehnt haben.

Zum Schluß möchten wir auf eine irrige und durch nichts bewiesene Behauptung des Journals für Buchbinderei, Offizielles Organ der Leipziger Buchbinderinnung, hinweisen, wonach ein Teil unserer Vertreter nur deshalb nachträglich zum Vertrag die Unterschrift gegeben, weil unsere Streiktafel erschöpft und auch nicht durch die Solidarität der übrigen Gewerkschaften gefüllt werden würde. Das ist eine völlig unwahre Unterstellung, wofür wir sehr wohl zahlenmäßige Beweise angeführen vermöchten. Aus Mangel an Mitteln braucht unsererseits nicht dem Frieden zugestimmt zu werden, da auf eine Reihe von Wochen die Unterstützungen gesichert sind. Es bleibt daher bestehen, was wir als Begründung für die nachträgliche Leistung der Unterschriften angaben: Unsererseits zur Herbeiführung des Friedens beitragen zu wollen.

In diesem Sinne wollen Sie gegenwärtiges Schreiben aufpassen und in diesem Sinne sehen wir Ihrer gefälligen Antwort entgegen.

Geschäftsschluß

Der Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes.
J. A.: Emil Kloth.

Umgehend erfolgte die Antwort der Unternehmer:

Leipzig, den 21. Juli 1906.

An den Deutschen Buchbinderverband zu Händen des Herrn Emil Kloth, Berlin.

Wir bestätigen den Eingang Ihres gefl. Schreibens vom 20. dieses Monats; wir bedauern aber sehr, Ihrem Wunsch um Anberaumung neuer Einigungsverhandlungen nicht entsprechen zu können.

Da der unterzeichnete Verband seinen im Brief vom 19. Juli a. c. präzisierten Standpunkt nicht verläßt, können wir uns einen Erfolg irgend welcher Verhandlungen nicht versprechen.

Ueber die in den Versammlungen aufgestellten Forderungen kann eine Verständigung schon aus dem Grunde nicht herbeigeführt werden, weil die Forderung von im ganzen 7000 Buchbindern und Buchbinderarbeitern aufgestellt wurden, während sich nach Ihren eigenen Angaben zirka 3500 Personen im Streit befinden. In Berlin allein haben zirka 3000 Personen über die Fortsetzung des Streiks disponiert, während nur zirka 1000 Personen ausständig sind.

Dagegen wollen wir im Interesse der Herbeiführung des Friedens der Anregung der Leipziger Buchbinderversammlungen folgen und im Januar 1907 in eine Revision des Affordtarifs einwilligen, bezweckt, daß die in dem Affordtarif bestehenden Fehler beseitigt werden dadurch, daß zu hoch oder

*) Antwort siehe am Kopfe dieser Nummer.

zu niedrig festgesetzte Positionen ausgeglichen werden. Tugend welche Änderungen im Affordtarif treten nur dann ein, wenn hierfür eine beiderseitige Zustimmung erzielt ist. Die so beschlossenen Veränderungen treten nach vollständiger Durchberatung des gesamten Affordtarifs in Kraft.

Wir bitten Sie, Ihnen Mitgliedern Mitteilung von unserer Korrespondenz zu machen.

Hochachtungsvoll

Verband deutscher Buchbinderbesitzer.
Fritzsche.

Auf diesen Brief ging folgendes Schreiben ab:

Berlin, den 23. Juli 1906.

An den Vorstand des Verbandes deutscher Buchbinderbesitzer zu Händen des Herrn Kommissionsrats S. Fritzsche, Leipzig.

In höflicher Erwiderung Ihres Schreibens vom 21. d. M. gestatten wir uns folgendes zu bemerken:

Wir müssen Ihre Ablehnung von Einigungs-Verhandlungen umso mehr bedauern, als Sie anscheinend dabei von unrichtigen Voraussetzungen ausgegangen sind. Sie schreiben nämlich: „Ueber die in den Versammlungen aufgestellten Forderungen kann eine Verständigung schon aus dem Grunde nicht herbeigeführt werden, weil die Forderung von im ganzen circa 7000 Buchbindern und Buchbinderarbeitern aufgestellt wurde, während sich nach Ihren eigenen Angaben nur circa 3000 Personen im Streit befinden.“

Wir bemerken hierzu erklärend: In Leipzig stimmten Ausständige und Arbeitende getrennt ab und trotzdem fast einstimmige Ablehnung des Vertrages vom 15. Juli, indem nur 6 Ausständige und 2 Arbeitende für denselben ihre Stimme abgaben. In Berlin sollte nach demselben Modus abgestimmt werden und waren zu dem Zweck bereits verschiedenfarbige Stimmzettel verteilt, doch ließ die vorgezogene Zeit dies nicht mehr zu. In Stuttgart stimmte man unseres Wissens per Akklamation ab.

Bei derartigen Abstimmungen entscheiden niemals die Ausständigen allein, weil diese fast immer für Fortsetzung des Kampfes auch in solchen Fällen sind, der hier allerdings nicht vorliegt, daß die Chancen für sie nicht mehr günstig liegen. Andererseits haben unsere nicht ausständigen Kollegen ein Recht auf Abstimmung, da ihre Interessen in ganz einschneidender Weise mit berührt werden.

So viel steht aber fest, daß durch die alleinige Abstimmung der Ausständigen nichts an dem Resultat und nichts an den aufgestellten Forderungen im Sinne der Herren Prinzipale geändert worden wäre.

Wenn Sie also aus dem angegebenen Grunde eine Verständigung für ausgeschlossen hielten, so dürfte dieses Ihr Bedenken wohl durch unsere Ausführungen behoben sein.

Eine glatte Annahme des Vertrages vom 15. Juli können wir aus dem Grunde unsererseits nicht versprechen, weil aller Voraussicht nach unsere Mitglieder uns hierbei die Gefolgschaft versagen würden, wie aus zahlreichen an uns gelangten Mitteilungen hervorgeht, die alle in dem Refrain enden: Lieber eine tariflose Zeit als ein solcher Tarifvertrag.

Und wir müssen gestehen: bei der von Ihnen selbst am 15. März d. J. zugegebenen Verteuerung der ganzen Lebenshaltung ist doch der Wunsch nach Aufbesserung der Löhne ein durchaus berechtigter, dem wohl auch etwas mehr Rechnung getragen werden könnte.

Wir sind daher nach wie vor der Meinung, daß eine Verständigung wohl zu erzielen sein würde und beantragen unter Hinweis auf eine Unterredung, zu der Herr Hübel zwei unserer Kollegen von der Leipziger Streikleitung zum gestrigen Tage eingeladen hatte, eine nochmalige Verhandlung mit dem Verband deutscher Buchbinderbesitzer.

Damit glauben wir alles getan zu haben, was zur Anbahnung des gewerblichen Friedens unsererseits geschehen konnte und müssen jede Schuld von uns abweisen, wenn unser Bemühen fruchtlos bleiben sollte.

Eine Verständigung über den Affordtarif halten wir für nicht so schwierig, nachdem Ihrerseits selbst Fingerzeige gegeben worden sind, in welcher Weise dies geschehen könnte. Daß Änderungen des Affordtarifs der beiderseitigen Zustimmung bedürfen, geben wir Ihnen gern zu.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes.
A. A. Emil Loth.

Die Antwort hierauf siehe am Kopfe dieser Nummer.

Vertrag*)

zwischen dem Verband deutscher Buchbinderbesitzer, vertreten durch die Herren: — — — — — als Vorstand des Verbandes deutscher Buchbinderbesitzer und dem Deutschen Buchbinderverband, vertreten durch die Herren: — — — — — als Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes, sowie durch die Herren: — — — — — als Vertreter der Zahlstelle Berlin, durch die Herren: — — — — — als Vertreter der Zahlstelle Leipzig, durch die Herren: — — — — — als Vertreter der Zahlstelle Stuttgart.

Zwischen dem Verband deutscher Buchbinderbesitzer, in den nachfolgenden Paragraphen immer als Arbeitgeberverband bezeichnet, und dem Deutschen Buchbinderverband, in den nachfolgenden Paragraphen immer als Arbeitnehmerverband bezeichnet, sind heute, am 1906, folgende für die sämtlichen Mitglieder beider Verbände bindende Vereinbarungen getroffen worden:

I.

Der Arbeitgeberverband gewährleistet den Arbeitern seiner Mitglieder vollständige Koalitionsfreiheit und erkennt hiermit ausdrücklich den Arbeitnehmerverband als Organisation seiner Arbeiter an.

II.

Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes verpflichten sich hiermit ausdrücklich, den im Jahre 1900 mit dem Arbeitnehmerverband abgeschlossenen, im Jahre 1903 nach Erhöhung der Minimalstundenlöhne verlängerten Tarifvertrag auf weitere circa 5 Jahre, und zwar bis zum 30. April 1911, für sich bindend anzuerkennen, sich den Vorschriften der allgemeinen Bestimmungen sowohl, als des Minimalstunden- und Affordtarifs zu fügen und ihre Arbeiter und Arbeiterinnen danach zu entlohnen.

Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes unterwerfen sich den Sprüchen des Schiedsgerichts und des Tarifamtes mit dem Verzicht irgend welcher Einrede gegen diese Beschlüsse.

III.

(Der Arbeitgeberverband hat den in § 2 erwähnten Affordtarif, sowie die allgemeinen Bestimmungen zu diesem Affordtarif einer sorgfältigen Prüfung unterzogen und es hat sich dabei herausgestellt, daß auch im Vergleich zu den Löhnen in anderen Industrien und Gewerben die Löhne, die durch den Tarif den Buchbindern und Buchbinderarbeitern gewährt werden, selbst unter Berücksichtigung der in letzten Jahren erhöhten Kosten der Lebenshaltung, nicht nur als ausreichend, sondern sogar als hoch bezeichnet werden müssen, mit Ausnahme der für die Faltarbeiten festgelegten Lohnsätze.)

Der Arbeitgeberverband wird eine Reihe von Positionen für die Faltarbeiten freiwillig erhöhen.

Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß dieses Zugeständnis zur Erhöhung der Affordpositionen für das Falzen ein freiwilliges ist und daß dasselbe keineswegs unter dem Druck des jetzigen Streites entstanden ist. Die freiwilligen Erhöhungen für die Faltarbeiten, über deren Höhe irgendwelche Erklärungen jetzt nicht abgegeben werden, sollen von den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes unter Hinzuziehung von Facharbeiterinnen demnächst beraten und festgestellt werden.

Am 1. Mai 1907 wird der Minimalstundenlohn für Arbeiter, welche sechs Jahre im Verufe tätig sind, um 2 Pf. erhöht, und zwar für Berlin von 48 auf 50 Pf., für Leipzig von 46 auf 48 Pf. und für Stuttgart von 44 auf 46 Pf. Eine weitere Erhöhung von je 2 Pf. tritt am 1. Mai 1909 ein.

Für geübte Arbeiterinnen wird der Minimallohn ab 1. Mai 1907 um 1 Pf. pro Stunde erhöht.

Die so beschlossenen Erhöhungen treten spätestens vom 1. Mai 1907 an in Kraft, sie sind von dieser Zeit an ein Bestandteil des allgemeinen Tarifs.

Dagegen bleibt der Berliner Sonderarif für Vorricht- und Mädchenarbeiten unverändert bestehen.

IV.

Der Arbeitnehmerverband verpflichtet sich, seine Mitglieder anzuweisen, auch ihrerseits den Tarif von 1900 bzw. 1903 als bis zum 30. April 1911 zu Recht bestehend anzuerkennen und auf alle gelegentlich des Streiks aufgestellte Forderungen, soweit sie sich nicht auf die in § 3 bezeichneten Änderungen beziehen, während dieser Zeit zu verzichten, besonders auch auf die Freigabe des 1. Mai als Feiertag.

*) Bei diesem Vertrag ist zu beachten, daß die gesperrt stehenden Absätze und Wörter während der Verhandlungen eingestrichelt worden sind. Die durch Parenthesen und durch kleinere Schrift ausgezeichneten Satzteile und Wörter sind während der Verhandlungen aus dem Vertrag gestrichen worden.

V.

Damit der Vorstand des Arbeitgeberverbandes mit dem Vorstand des Arbeitnehmerverbandes in Fühlung bleibt, finden jährlich mindestens 4 gemeinschaftliche Sitzungen der Vorstände beider Verbände statt. Diese gemeinschaftlichen Sitzungen werden von dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes auf Antrag eines der beiden Kontrahenten anberaumt. In diesen gemeinschaftlichen Sitzungen dürfen nur die Angelegenheiten des bestehenden Tarifs und der Einführung und Einhaltung des bestehenden Tarifes besprochen und verhandelt und darüber Beschlüsse gefaßt werden, soweit es sich nicht um provisorische Festsetzungen neuer Affordpositionen handelt, die durch Veränderung der Arbeitsmethoden oder der Einführung neuer Maschinen notwendig erscheinen.

Die Vorstände beider Verbände verzichten während der Vertragsdauer auf alle Ansprüche zur Abänderung des Tarifs.

Der Vorstand des Arbeitnehmerverbandes muß, soweit er zu den gemeinschaftlichen Sitzungen mit dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes delegiert wird, aus 8 gelehrten Buchbindern bestehen, von denen sich 7*) in fester Stellung in den betreffenden Betrieben befinden müssen.

Handelt es sich um die Interessen der Montbucharbeiter oder der Ein- oder Kartonnagenarbeiter usw., so ist dieser Vorstand auf 12 Mitglieder zu erhöhen und die dazu gewählten 4 Mitglieder des Vorstandes müssen aus der betreffenden Branche sein und sich ebenfalls in fester Stellung in den betreffenden Betrieben befinden.

Der Vorsitz des Vorstandes des Arbeitnehmerverbandes führt in allen Verhandlungen mit dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes nicht der Vorsitzende des Arbeitnehmerverbandes, sondern ein Mitglied des Vorstandes, welches bei einem Mitglied des Arbeitgeberverbandes mindestens 1 Jahr in Stellung ist. Sollte ein solches Mitglied sich nicht im Vorstand befinden, so müssen alle Verhandlungen mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes so lange aufgeschoben werden, bis diese Bestimmung erfüllt werden kann.

VI.

Der Arbeitnehmerverband gewährt allen Arbeitern und Arbeiterinnen, die in den Betrieben der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes beschäftigt sind, vollständige Entschließungsfreiheit, betreffend den Eintritt in den Arbeitnehmerverband. Der Arbeitnehmerverband erklärt und verspricht ausdrücklich, jede Agitation zur Werbung von Mitgliedern innerhalb der Geschäftsräume der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes (während der Arbeitszeit) zu unterlassen.

(Der Arbeitnehmerverband nimmt davon Kenntnis, daß in den Betrieben der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes es nicht erlaubt ist, Mitgliederbeiträge und sonstige Gelder für den Arbeitnehmerverband zu kassieren.)

VII.

Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes (erlauben und) wünschen die Errichtung von Geschäftskommissionen, die verpflichtet sind, etwaige Beschwerden über Nichteinhaltung des Tarifs oder über sonstige Mißstände in den betreffenden Betrieben den Geschäftsleitungen mitzuteilen und sich ev. beschwerdeführend an das Tariffchiedsgericht, als letzte Instanz an das Tarifamt zu wenden. Sind Nichtorganisierte im Betrieb vorhanden, dann haben diese das Recht, in den Geschäftskommissionen vertreten zu sein.

(Die nicht organisierten Arbeiter müssen in den Geschäftskommissionen vertreten sein. Werkstufenverammlungen, die über geschäftliche Einrichtungen, Lohnfreigebungen, Auslegung des Tarifs und dergleichen beraten und beschließen sollen, müssen der Geschäftsleitung angezeigt werden, damit der Prinzipal oder ein Vertreter des Prinzipals anwesend sein kann, um Aufklärung zu geben.)

Der Arbeitnehmerverband hat davon Kenntnis, daß in den Betrieben der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes, besonders während des Streikes des Jahres 1906, eine große Anzahl nicht organisierter Arbeiter beschäftigt wurden.)

Der Arbeitnehmerverband bemüht sich (garantiert) dafür, daß die während des Streiks in Arbeit gestandenen Arbeiter und Arbeiterinnen unbehelligt bleiben und verspricht mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß Belästigungen und Befehdungen der betr. Arbeiter und Arbeiterinnen unterbleiben. Desgleichen bemüht sich der Arbeitgeberverband, daß die Ausständigen unbehelligt bleiben.

VIII.

Zur endlichen allgemeinen Durchführung des Tarifs verpflichtet sich der Arbeitnehmerverband, Sondertarife weder in den drei Tarifstädten, noch in anderen Städten des Deutschen Reiches abzuschließen, ehe nicht diese Verträge (die Zustimmung des Arbeitgeberverbandes gefunden haben.) dem Arbeitgeberverband vorgelegt sind.

Der Vorstand des Arbeitnehmerverbandes verspricht, innerhalb 3 Monaten Abschriften von allen

*) Diese Anzahl wurde auf 5 festgesetzt.

1. Der abgeschlossenen noch in Kraft befindlichen Verträgen, soweit diese zu seiner Kenntnis gelangen, dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes einzureichen.

Außerdem sind alsbald nach Abschluss neuer Verträge auch Abschriften von diesen einzureichen.

Es sind hierunter nicht nur Verträge, betreffend die Arbeiterverhältnisse in der reinen Buchbinderei, sondern auch Verträge betreffend die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Kartonagefabrikation, der Kleinbuchfabrikation, Stempelfabrikation, Buchdruckerei usw. zu verstehen. Der Arbeitgeberverband hat den Wunsch, nach Kräften zur Verbesserung der Arbeiter- und Lohnverhältnisse aller Orten beizutragen, es ist ihm dies aber nur möglich bei einer vertrauensvollen Zusammenarbeit beider Verbände. Diese vertrauensvolle Zusammenarbeit soll durch die Bestimmungen dieses Paragraphen herbeigeführt werden.

IX.

Mit der Unterzeichnung dieses Vertrages drückt der Vorstand des Arbeitnehmerverbandes gleichzeitig sein Bedauern darüber aus, daß während des letzten Streifes die einfachsten parlamentarischen Formen unbeachtet geblieben und daß der Kampf teilweise in beleidigender und nicht zu rechtfertigendem Tone geführt worden ist. Beide Vertragschließenden drücken ihr Bedauern darüber aus, daß es nicht möglich ist, sämtlichen Arbeitern, die sich am Streik beteiligt haben, ihre alten Arbeitsplätze wiederzugeben.

Der Arbeitnehmerverband nimmt davon Kenntnis, daß infolge der während des Streiks notwendigen zahlreichen Neueinstellungen eine Anzahl der Streikenden in den Betrieben der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes zunächst nicht wieder beschäftigt werden können.

X.

Beide vertragschließenden Parteien unterzeichnen diesen Vertrag, der in 7 Exemplaren, die für die beiderseitigen Verbandsvorstände sowie die Vorstände der Lokalverbände bestimmt sind, ausgefertigt wird, mit dem festen Willen der strengsten Beachtung sämtlicher Vertragsvorschriften.

Dieser Vertrag wird in der „Buchbinder-Zeitung“ auf Kosten des Arbeitnehmerverbandes und in dem „Allgemeinen Anzeiger für Buchbindereien“ auf Kosten des Arbeitgeberverbandes abgedruckt, um so zur Kenntnis aller Beteiligten zu gelangen.

Leipzig, Berlin, Stuttgart.

Verband deutscher Buchbinderbesitzer. Deutscher Buchbinderverband.

Graf und Klein.

Im „Journal für Buchbinderei“ finden wir einen Bericht der Quartalsversammlung der Berliner Buchbinderinnung, bei welcher Gelegenheit auch über den gegenwärtigen Kampf gesprochen worden ist. Wir lesen da:

„Slaby (Obermeister) gibt eine kurze Uebersicht über den seit 1. Mai bestehenden Streik resp. Aussperrungen; er kennzeichnet das Vorgehen der Arbeiter als wahrheitswidrig und erbringt den Beweis hierfür.“

Den Beweis, den der Herr Obermeister da erbracht haben muß, den hätten wir auch hören mögen. Wir sind überzeugt, daß sein Beweis genau so mit der Wahrheit korrespondiert, als er das Vorgehen der Arbeiter als wahrheitswidrig bezeichnet. Nachdem der Herr Obermeister seinem bedrängten Herzen Luft gemacht, erteilt er dem Vorsitzenden des Berliner Buchbinderbesitzer-Verbandes das Wort, der sämtliche Kollegen, gleichviel ob sie große oder kleine Betriebe ihr eigen nennen, bittet, den Verband deutscher Buchbinderbesitzer in „ihrem Kampfe gegen die Unmaßnahmen der organisierten Arbeiter zu unterstützen“. Daß seine Worte nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen sind, beweist ein Brief der Berliner Buchbinderinnung, der unterm 11. Juli bei unserem Zentralvorstand einlief. Er lautet:

Berliner Buchbinderinnung.

Berlin, den 10. Juli 06.

An den Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes zu Händen des Herrn E. Mlotz, hier. Hierdurch mache ich Ihnen im Auftrage der Berliner Buchbinderinnung die Mitteilung, daß in der gestrigen Quartalsversammlung einstimmig beschlossen wurde, die seitens der organisierten Gesellschaft in einem Minimallohn tarif niedergelegten Forderungen energisch abzulehnen. Sollte bis zum 21. Juli dieses Jahres eine Einigung des Verbandes deutscher Buchbinderbesitzer mit dem Deutschen Buchbinderverband nicht stattfinden, so haben sich die Innungsmitglieder verpflichtet, die in ihren Betrieben beschäftigten organisierten Gesellen zu entlassen und nur Gesellen zu beschäftigen, die dem Deutschen Buchbinderverband nicht angehören.

Hochachtungsvoll

Die Berliner Buchbinderinnung. Slaby, Obermeister.

Nachdem die Großen unseres Berufes die Gewißheit erhalten haben, daß sie allein nicht instande sind, den Deutschen Buchbinderverband niederzunistellen zu können, da wenden sie sich in ihrer Bedrängnis an ihre kleinen Brüder. Jetzt sind diese gut genug, jetzt gebent man ihrer, nachdem man in Zeiten des Friedens sich nach Kräften bemüht hat, sie aufzufressen. Bewundern muß man nur die Naivität, mit welcher diese auf die ihnen gelegte Leimrute getreten sind. Ebenso bewundernswürdig ist die Art, wie sie das Verlangen des Vorsitzenden des Berliner Buchbinderbesitzerverbandes in die Tat umsetzen und dadurch eine Handlung begehen, welche einer Erpressung so vorteilhaft ähnlich sieht, wie ein Ei dem anderen. Wenn sich die Geshülfschaft eine derartige Sprache erlaubt hätte, dann hätten wir die bestedten Rufe nach dem Staatsanwalt der gegnerischen Presse hören wollen, dann hätten wir ihre spaltenlangen Artikel sehen mögen, die sie über den Terrorismus usw. der Gewerkschaften von Stapel gelassen hätten.

Obiger Beschluß der Berliner Buchbinderinnung wird uns in unseren Maßnahmen nicht irritieren. Diese Erkenntnis wird sich wohl auch den Herren von der Innung aufgedrängt haben, nachdem sie das Antwortschreiben unseres Verbandsvorstandes erhalten haben, welches wir ebenfalls im Wortlaut folgen lassen:

An den Vorstand der Berliner Buchbinderinnung, z. H. des Herrn Obermeisters Slaby, Berlin.

Ihr Schreiben vom 10. d. M. haben wir erhalten und unseren Mitgliedern zur Kenntnis gebracht.

Einigungsverhandlungen zwischen unserem Verbands und dem Verbands deutscher Buchbinderbesitzer sind im Gange, ob dieselben zu einem für beide Teile befriedigenden Resultat führen werden und zwar, wie Sie verlangen, bis zum 21. d. M., vermögen wir nicht zu sagen, da dies nicht von uns allein abhängt.

Auch unser Verband hat den Wunsch nach einem bald eintretenden Frieden im Gewerbe.

Die von Ihnen angebotene Aussperrung kann uns jedoch in keiner Weise beeinflussen, anders zu handeln, als wie es die Interessen unserer Mitglieder von uns erfordern.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes. J. A.: E. Mlotz.

Aber auch sonst noch hat die Berliner Buchbinderinnung mit scharfmacherischen Anwandlungen zu kämpfen. Zu dem am 14. bis 18. Juli in Danzig stattgefundenen 27. Verbandstage des Bundes Deutscher Buchbinderinnungen war von ihr folgender Antrag gestellt worden:

„Der Verband wolle die Gründung eines Arbeitgeber-Schutzverbandes beschließen, welcher den Zweck hat, seinen Mitgliedern im Falle eines ungerechtfertigten Ausstandes ihrer Gesellen und anderer Hilfskräfte Unterstützung zu gewähren.“

Das „Journal für Buchbinderei“ berichtet hierüber:

Unter Bezugnahme auf die jetzt in Stuttgart, Berlin und Leipzig bestehenden Streiks empfiehlt namens der Innung Kapajewski-Berlin, die Gründung eines solchen Verbandes in die Wege zu leiten. Dr. Grabenstedt, Generalsekretär des Deutschen Arbeitgeberverbandes, entwickelt ein Bild über die Arbeiterorganisationen, in welchem er zeigt, wie sehr gefährlich diese für unser Handwerk sind und wie nötig zum eigenen Schutz die Gründung eines Verbandes für die Arbeitgeber ist.

Nach sehr langer Debatte wird nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Der 27. Verbandstag beschließt die Gründung eines Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Buchbindergewerbe und beauftragt seinen Vorstand, die Vorarbeiten schleunigst in die Wege zu leiten und eine Organisation einzurichten.“

Daß auch die Scharfmacher im Buchbindergewerbe den Beispielen, die sie an anderen Industriezweigen gehabt haben, bald folgen und Arbeitgeber-Schutzverbände gründen werden, war vorauszu sehen und kommt diese Tatsache selbst absolut nicht überraschend. Die Begründung jedoch, welche für die Gründung dieses Schutzverbandes vorgebracht wird, ist bezeichnend. Um seine Mitglieder im Falle eines ungerechtfertigten Ausstandes der Arbeiter unterstützen zu können, darum ist der Schutzverband gegründet worden. Ja, hat man denn schon einmal in Unternehmerkreisen die Ansicht gehört, daß auch nur ein Streik auch nur einmal gerechtfertigt erscheinen? Dieser Fall dürfte noch nie dagewesen sein und wird auch nicht eintreten, denn ein jeder Ausstand der Arbeiterschaft ist stets, und wenn er aus den edelsten Motiven entspringt, ungerechtfertigt und muß dementsprechend behandelt werden. Die Gründung des Schutzverbandes ist ein Bündnis der Großen mit den Kleinen unseres Berufes und ist gegen die Arbeiterschaft gerichtet. Diese Tatsache allein sollte genügen, auch dem Rück-

ständigsten die Augen zu öffnen und ihm die Erkenntnis einzugeben, daß auch er ein Bündnis eingehen muß, um sich gegen die kommenden Maßnahmen des Schutzverbandes wehren zu können, und zwar ein Bündnis mit den ihm Gleichgestellten, mit der Arbeiterorganisation. —

Von dem eingangs erwähnten Beschluß der Berliner Buchbinderinnung, daß, falls die Aussperrung nicht bis zum 21. Juli beigelegt ist, sie die in ihren Betrieben beschäftigten organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen müßten, sind, soweit bis zur Stunde eine Uebersicht vorhanden ganze 32 Kollegen und 10 Kolleginnen betroffen worden.

Aus dem Aussperrungsgebiet.

Stuttgart. In einer sehr stark besuchten öffentlichen Versammlung der ausgesperrten Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen, die am 18. d. M. in Bulles Saalbau stattfand, referierte Kollege Dietrich über „Die Ergebnisse der Verhandlungen mit den Prinzipalen in Leipzig“. Der Referent führte folgendes aus:

Er habe über die Verhandlung in Leipzig zu berichten. Er werde das in sachlicher Weise tun und die Entscheidung der Versammlung überlassen. Zunächst wolle er einen Rückblick auf das Vorausgegangene werfen. Seitens der Prinzipale sei der Vorschlag gemacht worden, sich mit dem Verband deutscher Buchbinderbesitzer zwecks Herbeiführung von Unterhandlungen zur Beilegung des Kampfes ins Benehmen zu setzen. Aus dem Wortlaut des Antwortschreibens des Unternehmerverbandes gehe hervor, daß die Verhandlungen nur von Verband zu Verband geführt werden sollen, nur mit dem Unterschied, daß er, Referent, den Verband vertreten sollte. Damit war auch der Vorstand des Buchbinderverbandes einverstanden. Die Rückantwort der Arbeitgeber lautete zustimmend und wurde die Entscheidung von je drei Delegierten aus Berlin und Stuttgart und sechs Delegierten aus Leipzig gewünscht. Aus diesem Schreiben gehe im Widerspruch mit einem früheren Flugblatt der Unternehmer hervor, daß sie den Buchbinderverband als gleichberechtigt anerkennen.

Die Delegierten sahen bei ihrem Eintritt in den Verhandlungssaal zu ihrem Erstaunen, daß die Prinzipale in weit größerer Zahl zur Beratung erschienen waren als die Vertreter der Arbeiter. Daran wären die Verhandlungen beinahe in der ersten Viertelstunde gescheitert. Ein Antrag der Arbeitervertreter, die außer den Delegierten erschienenen Vertreter des Hauptvorstandes zuzulassen, wurde vorläufig abgelehnt. Zunächst kam man sich vor, als sähe man als Angeklagter vor einem hohen Richterkollegium. Es wurde uns ein großes Sündenregister vorgehalten. Von uns wurde darauf hingewiesen, daß bei einem mit solcher Erbitterung geführten Kampfe selbstverständlich die Worte nicht alle auf die Goldwaage gelegt werden und die Vertreter der Arbeiter sich für Ausfälle einzelner nicht verantwortlich fühlen. Referent geht nun auf die gestellten Bedingungen ein. Von vornherein haben die Arbeitervertreter erklärt, daß die Bedingungen in ihrem Wortlaut für sie unannehmbar seien. Bei der Beratung der einzelnen Vertragsbedingungen gelang es, die Vertreter des Zentralvorstandes des Buchbinderverbandes mit zuzuziehen. Die Bedingungen enthalten u. a. folgendes:

Der Arbeitgeberverband gewährleistet den Arbeitern seiner Mitglieder vollständige Koalitionsfreiheit (Große Heiterkeit) und erkennt den Arbeitnehmerverband als Organisation seiner Arbeiter an. Dagegen habe man nichts einzuwenden gehabt. Die in dem Tarifentwurf enthaltene Zuzahlung, den bisherigen Tarif bis zum 30. April 1911 für bindend zu erklären, wird von den sehr zahlreich erschienenen mit lebhaften Ohorufen aufgenommen. Die Kommissionsmitglieder erklärten hierzu, zunächst das weitere Entgegenkommen der Unternehmer abwarten zu wollen, ehe sie dazu ihre Zustimmung geben. In § 3 heißt es: dann u. a. weiter, daß der Affordtarif, sowie die allgemeinen Bestimmungen dazu, einer Prüfung unterzogen worden seien, wobei sich herausgestellt habe, daß auch im Vergleich zu den Löhnen in anderen Industrien und Gewerben die Löhne, die durch den Tarif den Buchbinderarbeitern gewährt werden, selbst unter Berücksichtigung der in den letzten Jahren erhöhten Kosten der Lebenshaltung nicht nur als ausreichend, sondern sogar als zu hoch bezeichnet werden müßten (Lebhaftes Hört, hört!). Mit Ausnahme der für die Kalgarbeiten festgelegten Lohnsätze. Dagegen hat die Kommission protestiert und sie hat auch die Streichung dieses Paragraphen durchgekehrt. Gegen die Erhöhung der Kalgarbeiten hatten wir selbstverständlich nichts einzuwenden. Ob die Unternehmer das freiwillig geben wollen und nicht als „unter dem Druck des gegenwärtigen Streiks“ erfolgt“ wissen wollen, konnte uns gleichgültig sein. Die Hauptsache sei, daß die Erhöhung tatsächlich eintritt. Mit dem Inkrafttreten des Tarifs am 1. Mai 1907 (Ohorufe) haben wir uns nicht einverstanden erklärt. Die

Minimallohne sollen nach § 4 pro Stunde betragen für alle gelernten, im sechsten Jahre der Berufstätigkeit stehenden Arbeiter vom 1. Mai 1907 an für Berlin 50 Pf., Leipzig 48 Pf., Stuttgart 46 Pf. (Lebhafte Ochorufe), vom 1. Mai 1909 Berlin 52 Pf., Leipzig 50 Pf., Stuttgart 48 Pf. (Übermalige Ochorufe.) „Arbeiterinnen bekommen nichts!“ erklärten die Unternehmer auf unsere Frage. Daraufhin erklärten wir, daß wir dann die Verhandlungen sofort abbrechen, weil wir das als ein bitteres Unrecht empfinden würden. Darauf haben die Unternehmer sich bereit erklärt, den geübten Arbeiterinnen ab 1. Mai 1907 1 Pf. pro Stunde zuzulegen. (Große anbauende Heiterkeit.) Wir haben das natürlich als nicht ausreichend erklärt, es war in dieser Sitzung jedoch nicht mehr zu erreichen, da man wiederholt erklärte, weiter nicht gehen zu können. Der 1. Mai soll offiziell nicht freigegeben werden. Wegen dieser Bestimmung wollten wir den Kampf nicht verlängern. Jedes Jahr könne man doch keine solche Kraftprobe machen. In § 5 des Tarifentwurfs gelang es, eine ganze Reihe geradezu bittorischer Bestimmungen des Arbeitgeberverbandes zu streichen oder in der Weise zu mildern, daß beiden Organisationen gleiche Befugnisse eingeräumt wurden. Man habe sich auch gegen das Verbot jeglicher Agitation in den Werkstätten gewandt. Wo solle es hinführen, wenn schon die Korrespondenz des Vorstands mit einem Werkstattvertrauensmann als Agitation bezeichnet wird! Es ist gelungen, die Bestimmung über das Verbot des Eintreffens der Beiträge in den Werkstätten zu streichen. In den Geschäftskommissionen sollen auch die nichtorganisierten Arbeiter vertreten sein. (Unruhe.) Ob sie freilich von ihren Kollegen gewährt werden, ist eine andere Sache. Nie und nimmermehr aber konnten wir zugeben, daß der Prinzipal oder ein Vertreter desselben das Recht haben soll, bei Werkstättenversammlungen, die über geschäftliche Einrichtungen, Lohnfreigebungen usw. zu beschließen haben, anwesend zu sein, „um Auskunft zu geben“. (Lebhafte Ochorufe.) Sollen denn diese Versammlungen unter Polizeiaufsicht stehen, unter der Vormundschaft des Prinzipals oder seines Prokuristen? Zu dieser Polizeikontrolle nach Feierabend konnten wir uns nicht herbeilassen und die Bestimmung wurde gestrichen. Auch wurde gestrichen, daß der Arbeitnehmerverband Konstatieren sollte, daß während des Streiks zahlreiche nichtorganisierte Arbeiter beschäftigt wurden. Damit hätte man eine Unwahrheit anerkannt. In Stuttgart wenigstens gibt es wenige solcher Elemente, die ihren kämpfenden Arbeitsbrütern in den Rücken fallen. Ebenso wurde die weitere Zumutung gestrichen, anzuerkennen, daß während des letzten Streiks die einfachsten parlamentarischen Formen unbeachtet gelassen und teilweise in beleidigendem und nicht zu rechtfertigendem Tone geführt worden seien. (Große Heiterkeit.) Das ist nicht wahr, und deshalb waren wir nicht einverstanden. Der ganze Kampf wurde rein sachlich geführt (Sehr richtig!), so daß auch nach Wiederaufnahme der Arbeit die gegenfeitige Achtung nicht ausgefallen ist. Ausbreitungen kann man bedauern, aber nicht verhindern. Auch die Unternehmer haben sich solche zuzuschulden kommen lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Leider ist es aber nicht gelungen, durchzusetzen, daß durchweg alle Streikende wieder an ihre alten Plätze kommen. (Unruhe.) Es wurde bei der Unterzeichnung von uns verlangt und zugebilligt, daß die Unterschriften für die Organisationen nur dann als bindend gelten sollen, wenn ein Vertragsabluß von Verband zu Verband erfolgt ist und die Streikenden ihr Einverständnis dazu erklärt haben. Es war daher zu bedauern, daß ein Leipziger Delegierter die Unterschrift verweigerte, worauf die anderen erklärten, auch nicht zu unterschreiben. Da erklärten die Prinzipale die Verhandlungen als gescheitert. Das Lokal wurde verlassen und jede weitere Verbindung war unterbrochen. Nachträglich sind dann von uns die Unterschriften doch noch gegeben worden. Er, Redner, teile diese Tatsachen mit, weil hierüber in der Presse total falsche und schiefte Darstellungen aufgetaucht seien. Nun habe man zu entscheiden. Die Leipziger hätten die Entscheidung bereits gefällt. Die Kommission habe ihre Pflicht getan in vollster Wahrung der Achtung vor den Kämpfenden. Wenn der Abschluß nicht befriedige, so sei es nicht ihre Schuld. Die Kommission wolle die Versammlung in keiner Weise in ihrer Entscheidung beeinflussen. Wenn man aber alles glatt abschne, stehe man auf dem gleichen Fleck wie anfangs voriger Woche. (Rufe: Das macht nichts!) Es wird vielleicht möglich sein, den Entwurf den Wünschen der Streikenden entsprechend in einigen Punkten zu verbessern. Aber die geschaffene Verbindung möge man nicht völlig aufgeben. (Lebhafte Beifall.)

Man tritt in die Diskussion ein. Schöpper jr.: Die „Schwäbische Tagwacht“ habe behauerlicherweise eine Notiz des Heroldbüreaus zum Abdruck gebracht, ohne sich von der Wichtigkeit derselben zu überzeugen. Danach hieß es, die Arbeitervertreter hätten sich nach dem Scheitern der Verhandlungen mit dem Fort-

bestehen des alten Tarifs auf fünf Jahre einverstanden erklärt. Es sei zu bedauern, daß die hiesige Arbeiterpresse diese bürgerliche Notiz kritisch aufgenommen habe. Auch sonst habe die „Schwäbische Tagwacht“ die Buchbinder in ihrem Kampfe wenig unterstützt. Im übrigen erlaube er, die ganze Vorlage glatt abzuschreiben. (Beifall.) Lieber ein Verlierer in Ehren als ein Aufgeben des Kampfes in Unehren. (Lebhafte Beifall.)

Es sind zwei Resolutionen eingegangen. Dieselben lauten:

1. „Die heute, den 18. Juli, bei Wulle tagende große öffentliche Versammlung aller Ausgesperrten, einschließl. der noch in Arbeit stehenden der Buchbindereibetriebe, protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die in Leipzig beiderseitig getroffenen Abmachungen. Dieselben stehen nicht im Verhältnis zu den Opfern des neunwöchigen Kampfes. In den minimalen Forderungen der hiesigen Bahistelle muß unter allen Umständen festgehalten werden. Die Versammlung erklärt einmütig, solange im Kampfe auszubarren, bis die gestellten Forderungen voll und ganz bewilligt sind.“

2. „Die am 18. Juli 1906 im Saale der Stuttgarter Bürgerhalle tagende große öffentliche Versammlung aller in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hat den Bericht über die in Leipzig stattgefundenen Einigungsverhandlungen entgegengenommen.“

Die Versammelten erklären, daß mit den von den Unternehmern gemachten Zugeständnissen die Wünsche der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht genügend berücksichtigt wurden, da dieselben in gar keinem Verhältnis zu der tatsächlichen Teuerung sämtlicher Lebensbedürfnisse, sowie zu den großen Opfern, welche den Ausständigen durch den ihnen aufgedrungenen Kampf entstanden sind, stehen.

Die Versammelten ersuchen daher den Verbandsvorstand, durch erneute Verhandlungen mit den Unternehmern auch in den folgenden Punkten noch eine Verbesserung herbeizuführen:

1. Die von den Unternehmern zugestandene Erhöhung der Minimalstundelöhne für Gehülfsen (nach sechsjähriger Berufstätigkeit) haben anstatt am 1. Mai 1907 resp. 1. Mai 1909 schon am 1. September 1906 resp. 1. September 1908 in Kraft zu treten.

2. Der Stundenlohn der geübten Arbeiterinnen, sowie auch der Spezialarbeiterinnen (Maschinenarbeiterinnen usw.) ist vom 1. September 1906, sowie auch vom 1. September 1908 ab um je 2 Pf. pro Stunde zu erhöhen.

3. Im Affortarif sind die Positionen für Falzen, Maschinenfalzen, Zusammentragen und Broschieren entsprechend zu erhöhen. Ueber diese Erhöhungen haben sofort Beratungen der Prinzipale mit den Vertretern unserer Tarifkommissionen stattzufinden, so daß auch diese neuen Bedingungen mit dem 1. September 1906 in Kraft treten können.

4. Wiederaufnahme der Arbeit ist, daß in Stuttgart sämtliche Ausständigen resp. Ausgesperrten an ihre alten Arbeitsplätze zurückkehren.

5. Die rückständigen Lohnguthaben sind allen Ausständigen bezw. Ausgesperrten voll und ganz auszus zahlen.

6. Das vom Stuttgarter Gewerbegericht gefällte Urteil darf nicht vollstreckt werden.

Die Kommission der Ausständigen wird beauftragt, diese Resolution dem Verbandsvorstand sofort zu übermitteln, damit von dieser Stelle aus weitere Schritte erfolgen können.

Außerdem ist eine dritte, noch über die Resolution 1 hinausgehende Resolution eingegangen.

Völkler läßt Kritik an den Verhandlungen, er bleibt indes wenig bei der Sache; Redner tritt für Ablehnung der Vorlage und Annahme der Resolution 3 ein.

Stögl begründet die Resolution 1. Die „Tagwacht“-Berichte entsprechen nicht dem, was man von einem Arbeiterblatt verlangen könne. Das möge die Schuld der Delegierten, die die Einbringung eines ausführlichen Berichtes unterlassen haben, sein. Er hätte es begrüßt, wenn die Unterschrift nicht gegeben worden wäre. Von der Bezahlung der Feiertage sei diesmal gar nicht die Rede gewesen. Wenn die Prinzipale sagen, die Löhne seien zu hoch, so möchte er ihnen nur einmal empfehlen, zu versuchen, mit 23 Mk. Minimallohn auszukommen. Sie würden vor lauter Magenkurren nicht mehr hören und sehen können. Ihm sei für die fernere Verbindung bei einer vollständigen Verwerfung des Tarifentwurfs nicht bange. (Lebhafte Beifall.)

Schöpper sen. ergänzt als Teilnehmer an der Konferenz den Bericht Dietrichs. Der Vorsitzende Frißche habe sämtliche Unternehmervertreter am „Schmüle“ gehabt, die zu dessen Meinung immer ja

und Amen gesagt hätten. Unter den Resolutionen erscheine ihm die zweite als die annehmbarste.

Wanzhaf: Auf derartige Abmachungen könne man sich nicht einlassen. Redner geht auf die einzelnen Positionen des Tarifs näher ein und meint, man wolle durch kleine Zugeständnisse das ganze große Nichtsagen nur beschönigen. Nach der Art der Marktschreier habe es bei den Prinzipalen immer geheißen: Letztes und äußerstes Angebot. Die Arbeitswilligen seien gar nicht in der Lage, die Streikenden zu beleidigen. Sie würden nur mit Beachtung gestraft. Jeder müsse wieder an seinen Platz gestellt werden. (Sehr richtig!) In dem Vertrag dürfe eine Bestimmung im entgegengesetzten Sinne unter keinen Umständen kommen. Die zweite Resolution wolle man ablehnen. Ohne Zugeständnisse gehe man nicht wieder in die Werkstätten. Wir kämpfen weiter! (Lebhafte Beifall.)

Döbbling verteidigt die „Tagwacht“ gegen die Erhebungen Vorwürfe. Die Schuld sei nicht auf die Redaktion abzuwälzen. Schuld liege die Kommission, welche die „Tagwacht“ nicht mit den nötigen Weisheiten versehen habe.

Thalheim spricht für Annahme der Resolution 1. „Mut verloren, alles verloren, dann sei es besser, nicht geboren.“ (Lebhafte Beifall.)

Völkler polemisiert gegen Schöpfer sen.

Frey: Man wolle jedenfalls das beschließen, was die Leipziger beschließen haben. (Lebhafte sehr richtig!) Er bitte, die Resolution 2 anzunehmen. Die weiteren Ausführungen bleiben, weil Frey durch fortgesetzte Schlußrufe unterbrochen wird, unverständlich.

Gewerkschaftssekretär Rätcher: Er wolle die Versammlung weder zu gänzlicher Ablehnung noch zu gänzlichem Abbrechen der geschaffenen Verbindung bewegen. Redner legt sodann ausführlich die Gründe dar, die nach seiner Ansicht für die Resolution 2 sprechen, er wird aber durch fortgesetzte Unruhe und lebhafteste Schlußrufe mehrfach am Weiterreden gehindert und kann erst nach wiederholtem Eingreifen des Vorsitzenden seine Rede für die Resolution 2 beenden.

In seinem Schlußwort antwortet Dietrich auf eine Reihe von Unrichtigkeiten der Diskussionsredner. Man soll man handeln, auch im Kampfe. Je klüger man handele, desto größere Vorteile hole man heraus. Mit Phrasen seien Bewegungen noch nie zu Ende geführt worden, sondern nur unter kluger Abwägung der Tatsachen. Er habe in jeder Weise seine Pflicht getan und stets im Einverständnis mit dem Vorstande gehandelt. Er weise den Vorwurf, er habe Schacher-geschäfte abgeschlossen, zurück. (Lebhafte Zustimmung.) Er empfehle die Resolution 2. Damit würden weitere Verhandlungen nicht ausgeschlossen sein und die Möglichkeit eines ehrenhaften Abchlusses des Kampfes wäre gegeben. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf wird der provisorische Vertrag unter lebhaftem Beifall einstimmig abgelehnt, die Resolution 2 dagegen mit großer Mehrheit angenommen. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Stuttgart. Beim heutigen Generalappell im Festsaal des Gewerkschaftshauses wurde der Briefwechsel der beiderseitigen Verbandsvorstände den Versammelten bekannt gegeben. Zum Schluß wird noch auf eine irrige und durch nichts bewiesene Behauptung des „Journal für Buchbinder“, offizielles Organ der Leipziger Buchbinderinnung, hingewiesen, wonach ein Teil unserer Vertreter nur deshalb nachträglich zum Verträge die Unterschrift gegeben, weil unsere Streikliste erschöpft sei, und auch nicht durch die Solidarität der übrigen Gewerkschaften gefüllt werden würde. Dies ist eine völlig unwahre Unterstellung, und können wir für das Gegenteil zahlreichere Beweise vorbringen. Aus Mangel an Mitteln braucht unsererseits nicht dem Frieden zugestimmt werden, da auf eine Reihe von Wochen die Unterstützungen gesichert sind. Die Stuttgarter Kollegen und Kolleginnen weisen einmütig das Schreiben Frisches zurück und halten unumwunden an ihren gefassten Beschlüssen fest, es ist daher gut, wenn die Herren Prinzipale nicht allzu große Hoffnung auf den 26. Juli setzen. Anschließend wurde eine rege Diskussion über die große öffentliche Versammlung bei Wulle geführt. Unter anderem mußte der Leitartikel „Zur Aussperrung“ in Nr. 30 der „Buchbinder-Zeitung“ eine scharfe Kritik über sich ergehen lassen. Den jüngeren Kollegen wurde angebetet, wenn irgend möglich den Ort zu verlassen. Da der Kampf an Schärfe zunehmen wird, ist es Pflicht der Streikposten in erster Linie, alles aufzubieten, ihre Aufgabe voll und ganz zu erfüllen.

Leipzig. Eine zum Dienstag, den 17. d. M., im Sanssouci einberufene Buchbinderversammlung, ließ sich Bericht erstatten über die am 14. und 15. d. M. stattgefundenen Einigungsverhandlungen.

Kollege Heß berichtet kurz über die einleitenden Maßnahmen zur Herbeiführung einer Einigungskonferenz und die seitens der Prinzipale gestellten Bedingungen, betr. die Vertretung seitens der Arbeitnehmer. (Bekanntlich sollten nur Arbeitnehmer

als Vertreter zur Konferenz anerkannt werden, die am Ausbruch beteiligt sind und bis zum Ausbruch des Konfliktes in Betrieben von Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes beschäftigt waren.) Um durch das prinzipielle Ablehnen dieser Bedingung das Zustandekommen der Konferenz überhaupt nicht in Frage zu stellen, und um den Herren nicht Gelegenheit zu geben, die Schuld an einem Nichtzustandekommen auf uns wälzen zu können, und endlich, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob wir nur den Verhandlungsvorstand für befähigt hielten, für unsere Interessen zu wirken, und da außerdem die bis zum Zutritt der Konferenz noch vorhandene Frist ungemein kurz bemessen war, wurde diese Bedingung vorläufig akzeptiert. Selbstverständlich war in einer vor der Konferenz stattgehabten Beratung von Vertrauensleuten mit den sämtlichen Arbeitnehmerdelegierten besprochen worden, an die Arbeitgebervertreter der Konferenz das Verlangen zu richten, daß unser Verhandlungsvorstand zu den Verhandlungen zugezogen werden müsse, welchem Verlangen dann am 2. Verhandlungstage nach hartnäckigem Sträuben seitens der Arbeitgeber auch stattgegeben wurde. Es wird der Leitung nun ziemlich allgemein übel bemerkt, daß unter der genannten Voraussetzung die Besichtigung der Konferenz nicht ohne weiteres abgelehnt worden sei; aber die eingeschlagene Taktik nicht doch die Richtige war, sei dahingestellt; ist doch damit der Beweis erbracht, daß unsere Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen keine bloße Redensart ist. Daß natürlich an eine Durchberatung des vom Arbeitgeberverband vorgelegten Vertragsentwurfes ohne Teilnahme unserer legitimen Vertretung, des Verhandlungsvorstandes, nicht zu denken war, ist selbstverständlich. Die in Frage kommenden Personen zu tabeln, sei falls, mindestens aber verurteilt, und es wird sich später Gelegenheit bieten, darüber zu richten.

Hierauf geht der Referent zu dem vom Arbeitgeberverband vorgelegten Vertragsentwurf, den aus 12 Paragraphen bestehend, über, bei Verlesung desselben gleichzeitig erläuternd, bei welchen Bestimmungen und wie weit die Prinzipale etwas nachgelassen resp. bewilligt haben, und bei welchen sie zu keiner Nachgiebigkeit zu bewegen waren. Lohnschöndungen könnten sie in Folge des ihnen durch den Zustand erwachsenen enormen Schadens nicht bewilligen, erklärten die Herren, ließen sich aber schließlich doch zu der bereits bekannten geringen Erhöhung der Minimallöhne herbei. Die sonstigen Ergebnisse der Konferenz bedeuten für uns keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung der bestehenden Verhältnisse. Von der Wiedereinstellung aller Ausständigen auf ihre alten Plätze wollten sie nichts wissen; dagegen beharrten sie darauf, den Ablauftermin der Stilllegungsdauer des Tarifes vom 31. August auf den 1. Mai zu verlegen. Da unsere Delegierten mit solchen Resultaten nicht vor die Kollegenschaft treten konnten, die Prinzipale aber weitere Konzessionen nicht machten, verweigerten die Vertreter des Verhandlungsvorstandes und der Tarifstädte Berlin und Leipzig zunächst die Unterzeichnung des Protokollbeschlusses, die aber, nachdem man sich darüber klar geworden war, daß die Unterschriften nicht verbindlich sein sollten, sondern die endgültige Entscheidung den demnächst einzuberufenden Versammlungen überlassen bleiben sollte, nachträglich vollzogen wurde. Die Einigungsverhandlungen waren damit beendet. Die Versammlungen hätten nun zu entscheiden, ob unter den gestellten Bedingungen die Arbeit aufgenommen, oder der Kampf fortgesetzt werden sollte.

Zinke macht auf die insofern veränderte Situation aufmerksam, als der Generalkommission nach deren Eingreifen das Recht zuerkannt werden muß, in unserem Kampfe auch ein gewichtiges Wort mitzusprechen und ersucht die Versammelten, dies bei ihren Beschlüssen zu beachten.

Eine ganze Anzahl Diskussionsredner aus den Reihen der Ausständigen greifen in die Diskussion ein, die von Anfang bis Ende einen ruhigen aber entschiedenen Verlauf nimmt. Aus allen Ausführungen ist zu entnehmen, daß die Ausständigen einmütig den vorliegenden Vertragsentwurf als Spott und Hohn auf eine Arbeiterschaft fühlen, die seit 10 Wochen unerschütterlich im Kampfe steht. Lieber gar keinen Tarif, als einen solchen Vertrag, der nur Demütigungen und Madenschläge für uns enthält. Dies ist in kurzen Worten der Sinn der Ausführungen.

Inzwischen ist folgende Resolution eingegangen und gelangt zur Verlesung:

Die am 17. Juli im Saale des Sanssouci tagende Versammlung der Buchbinderearbeiter und Arbeiterinnen erklärt nach dem Referat über die stattgefundenen Einigungsverhandlungen, daß das Resultat aus diesen in keiner Weise geeignet ist, einen wirklichen Frieden zu garantieren. Die erneuten Inzerate einzelner Prinzipale, in denen nach Arbeitskräften gesucht wird,

lassen darauf schließen, daß es diesen darum zu tun ist, möglichst viel der im Ausstand befindlichen Kollegen und Kolleginnen auf der Straße liegen zu lassen, sind also nicht geeignet, einen ehrlichen Frieden glaubhaft erscheinen zu lassen. Die Versammelten ersuchen den Verhandlungsvorstand durch erneute Verhandlungen mit den Unternehmern weitere Zugeständnisse zu erringen. Vor allem jedoch wünscht die Versammlung, daß als Termin des Tarifablaufes unbedingt am 31. August festgehalten werden muß. Des weiteren sind Garantien dafür zu bieten, daß der rückständige Lohn zur Auszahlung gelangt.

Ferner halten es die Versammelten für unbedingt erforderlich, daß sämtliche Erhöhungen der Minimallöhne nicht erst ab 1. Mai 1907, sondern bereits ab 1. September 1906 zur Einführung gelangen und daß auch den Arbeiterinnen nach Verlauf zweier Jahre eine weitere Zulage gewährt wird, ebenso ist den im Stunden- und Wochenlohn Beschäftigten ein prozentualer Zuschlag zu gewähren. Des ferneren fordert die Versammlung, daß der Tarif einer gemeinsamen Durchsicht unterzogen wird, um vor dem Neudruck desselben die hauptsächlichsten Mängel aus ihm zu entfernen. Die Wiedereinstellung der Ausgesperrten hat der Anciennität nach zu erfolgen und zwar derart, daß den Wiedereingestellten ihre alten Plätze eingeräumt werden. Sind die Prinzipale bereit, uns in diesen Punkten entgegenkommen zu zeigen, werden die Versammelten gern bereit sein, einem Frieden zuzustimmen, während im anderen Falle die Versammelten lieber auf tarifliche Vereinbarungen verzichten, als diesem zum Teil unwürdigen Vertrag ihre Zustimmung zu geben.

Mehrere Redner, darunter auch einige in Arbeit stehende, sprechen noch zur Resolution und kommen zu dem Schluß, daß unter so schimpflichen Bedingungen nicht Frieden geschlossen werden dürfe, selbst wenn der Kampf bis zum Weißbluten geführt werden müsse.

Der Vertragsentwurf zeige, was in Zukunft von unseren Unternehmern zu erwarten sei, und was für vorweltalterliche Verhältnisse die Herren herbeiführen möchten. Ein Feigling wäre, wer jetzt zurücktreten wollte, rief ein Redner aus, und donnernd Beifall bezeugte, daß er die rechten Worte gefunden hatte.

Während einer nun folgenden 4stündigen Pause wurden die Stimmzettel gesammelt. Um ein richtiges Stimmungsbild zu erhalten, waren an Ausständigen und in Arbeit stehende in der Farbe verschiedene Stimmzettel ausgegeben worden. Das Resultat der Abstimmung war folgendes:

Für Annahme des Vertrages und Aufnahme der Arbeit stimmten 6 Ausständige und 2 in Arbeit stehende. Stimmentaltungen 5, und alle anderen, weit über 2500 Personen dagegen. Eine Resolution, die die vom Ausstand nicht betroffenen Kollegen und Kolleginnen verpflichtet, für die Streikenden noch tiefer in die Taschen zu greifen, um ihnen zum Siege zu verhelfen, wurde einstimmig angenommen.

Zinke führte im Schlußwort aus, daß durch die mit Absicht vorgenommene geheime Stimmenabgabe der beste Beweis erbracht sei, daß die Kampfesfreudigkeit keine künstlich erzeugte sei. Ein eventl. Vorwurf der Maché falle in sich zusammen. Das Bestreben der Arbeitgeber, unsere Organisation von innen heraus zu zerstören, wird an solchen Streikern zu Schanden werden. Es muß aber nun auch jeder die Konsequenzen der Beschlüsse tragen. So eifrig wie bisher muß jeder das Seinige dazu beitragen, um den Kampf so zu gestalten, daß ein Frieden herbeigeführt werden kann, mit dem wir vor der Allgemeinheit bestehen können.

Berlin. 1. Bericht über die Verhandlungen in Leipzig. 2. Diskussion. So lautete die Tagesordnung einer großen öffentlichen Versammlung, welche am 18. Juli in den überfüllten „Kellers Festhallen“ tagte und von mehr als 3000 Personen besucht war. Die Stimmung der Versammlung war von Anfang an eine äußerst erregte. Kollege Klar als Referent streifte noch einmal kurz den ganzen Verlauf des zwölfwöchentlichen Kampfes, dabei die musterghiltige Haltung der Streikenden hervorhebend, aus deren Reihen so gut wie gar keine Abtrünnige zu verzeichnen sind. Wir haben den Frieden gewollt, daß die Unternehmer aber den Kampf bis zum Weißbluten zu führen gedächten, das beweist ihr abschlägiges Verhalten zu Verhandlungen gegenüber dem Gewerbergem, dem Innungsausschuß und dem Tarifamt der Buchdrucker. Nun seien in letzter Zeit Nachrichten in bürgerlichen Blättern erschienen, wonach die Unternehmer zu Verhandlungen bereit wären, ein Zeichen, daß sie wohl doch ihren ungerathenen Kampf eingesehen und zum Teil kampfes-müde geworden sind. Aus diesem Grunde sind vom Kollegen Dietrich, welcher noch eine gewisse Fühlung mit den Stuttgarter Prinzipalen hatte, Einigungs-

verhandlungen angebahnt worden, welche nun in Leipzig ihren vorläufigen Abschluß gefunden hätten. Er verlas sodann unter lauten Zurufen und Protesten den mit den Prinzipalen vereinbarten Vertrag, abwechselnd mit dem ursprünglichen Vertragsentwurf, welchen die Herren zur Annahme vorgelegt, und welcher noch weit schärfere Bestimmungen enthielt, als der unterzeichnete.

Wiel wäre bei diesen Verhandlungen allerdings nicht herausgekommen. Auch ihm, meinte Redner, genügt derselbe nicht und kann unsere Zustimmung in vollstem Maße nicht finden, nachdem die Ausständigen so große persönliche und materielle Opfer gebracht haben. Das soll uns aber nicht hinreichen, den Vertrag vollends abzulehnen. Er legte hierauf eine Resolution vor, welche die Ortsverwaltung und Streikkommission gemeinsam ausgearbeitet haben und welche sich so ziemlich mit der in Leipzig angenommenen deckt, jedoch mit dem Unterschied, daß für Berlin bestimmte Erhöhungen der Minimallöhne, und zwar von 3 Pf. für Gehilfen und 2 Pf. für Arbeiterinnen vom 1. September 1906 ab, und dann nochmals vom 1. September 1909 ab, sowie eine allgemeine Lohnerhöhung um fünf Prozent verlangt wurden. Die Resolution schloß mit den Worten:

„Ist der Unternehmerverband bereit, den Frieden im Gemerbe herbeizuführen und den Ausgesperrten entgegenzukommen, so werden die Versammelten bereit sein, einen weiteren Einigungsorschlag anzunehmen.“

Redner forderte die Anwesenden auf, die in Leipzig getroffenen Vereinbarungen in aller Ruhe auf ihren Wert zu prüfen, eventuell andere Änderungsanträge zu stellen.

Hierauf wurde folgende Resolution, welche von der tagsvorher tagenden Vertrauensmänner-versammlung angenommen wurde, verlesen. Dieselbe lautet:

„Die heutige Vertrauensmännerstimmung beschließt, die in Leipzig gepflogenen Vereinbarungen in der jetzigen Form abzulehnen.“

Ihr wurde unter großem Beifall zugestimmt.

Hanke sieht in den heutigen Ausführungen Max einen Rückzug der Funktionäre. Er bemängelt die Streikkommission als nicht die geeignete Vertretung, da sie vorwiegend aus Beamten besteht, geht schärf ins Gericht mit den einzelnen Bestimmungen des Vertrages und bezeichnet denselben, da er eine fünfjährige Tarifdauer mit der Ablaufzeit am 30. April vorsieht, schlummer als die Gefährdung. Er behauptet, daß das Original des Vertrages, welches nur allein der Kollege Dietrich in Händen habe, weit verheerende Bestimmungen enthalte; das hier vorgelesene sei bedeutend gemildert, um schmächer zu machen. Er verlangt, daß das Original dem Bureau vorgelegt werde.

Rambow: Wenn wir in Betracht ziehen, wie die Unternehmer uns beleidigt haben, wie Herr Meißner (Vorsitzender der hiesigen Prinzipalsorganisation) geäußert hat, „es soll und muß darauf ankommen, die Buchbinder so fix zu machen, daß sie ein für allemal die Lust verlieren, einen Vertrag mit uns abzuschließen“, so bedeutet das für uns, daß es kein Zurück mehr gibt. Wir werden den Opfer bringen und lieber Hunger leiden, als unter solchen unwürdigen Bedingungen in die Werkstuben zurückkehren. Die Saison rückt immer näher, wir halten aus, mag kommen, was da kommen möge.

Giese, welcher den guten Geist der Ausgesperrten hervorhebt, hält es unter aller Würde, einen derartigen Vertrag zu unterschreiben. Dann hätten wir am 8. Mai ruhig wieder in die Betriebe hineingehen können. Der Verhandlungsvorstand hätte als erste Bedingung die Anerkennung unseres Verbandes mit Moth als Vorsitzenden stellen sollen. Auch er kritisiert, wie alle Redner, die Eile des Verhandlungsvorstandes, betreffend Besichtigung der Konferenz und daß man den Ausgesperrten nicht so viel Zeit gelassen, selbst die Personen zu bestimmen, welche ihr Vertrauen genießen. Er hält die Forderung nicht für ausreichend und verlangt einen Stundenlohn von 60 Pf. Wir kämpfen im Interesse der Allgemeinheit.

Fraulein Sieber geißelte mit besonders scharfen Worten das Verhalten der Verbandsvertreter. Unsere Vertreter haben in Leipzig keine besondere Geschäftlichkeit entwickelt. Die freiwilligen Zugeständnisse, welche die Prinzipale den Arbeiterinnen machen wollen, kennen wir schon zur Genüge aus der Vergangenheit. Schon der 30. April als Ablaufzeit des Tarifes machte jede Verhandlung mit den Unternehmern unmöglich. Die Arbeiterinnen, welche so musterghiltig in diesem Kampfe mit den Kollegen gestanden, werden so lange kämpfen, bis auch ihnen bestimmte Zugeständnisse gemacht werden. Wir bleiben auf allen unseren Forderungen bestehen. (Lebhafte Bravo!)

Schöfeling und Krause können sich nicht genug wundern, daß der Verhandlungsvorstand sich eine

solche Behandlung gefallen lassen habe und wie es nur möglich sein konnte, daß sich Delegierte finden konnten, die einen solchen Vertrag noch unterschreiben. Würde derselbe angenommen, so bedeutet das eine Schande nicht bloß für uns, sondern auch für die gesamte Arbeiterschaft. Derselbe muß einstimmig abgelehnt werden. (Lebhaftes Bravo!) Die Arbeitgeber sollten sich eine derartige impo- nierende, von dem besten Kampfesgeiste besetzte und darüber erregte Versammlung ansehen, sie würden wohl doch stutzig werden. Unser Kampf müßte weit mehr, als es bisher geschah, in die dritte Öffentlich- keit getragen werden, und der Abdruck dieses Vertrages in den Tageszeitungen genüge allein, um die gesamte organisierte Arbeiterschaft hinter uns zu haben. So geschlossen, wie wir aus den Ver- trieben rausgegangen, ebenso geschlossen wollen wir auch wieder reingehen, etwas anderes gibt es nicht. (Bravo!)

Loth, der anfangs seiner Rede durch die große Voreingenommenheit und die Erregtheit der Versammelten kaum zu Worte kam, führte ungefähr folgendes aus: So sehr er auch den Versammelten die gute Stimmung gönne, so müssen wir uns doch die Sache etwas ernster betrachten. Es war viel die Rede gewesen, daß der Verbandsvorsitzende nicht energisch genug seine Vertretung bei den Prinzipalen versucht habe. Aber es wäre tatsächlich nichts un- versucht gelassen worden. Daß er damit nicht durch- gedungen, sei nicht seine Schuld. Auch er sieht es als selbstverständlich an, daß bei derartigen Verträgen nur vom Verbandsvorstand zu Verhandlung ver- handelt werden kann. Um aber die Verhandlungen nicht vollständig daran scheitern zu lassen, wäre es mit seiner Einwilligung geschehen. Andere Gewerkschaften hätten schon ähnlich gehandelt. Wären unsere Vertreter mit ihren Forderungen durch- gedungen, dann hätte sich gewiß heute keine Oppo- sition dagegen geltend gemacht. Die Verhandlungen in Leipzig sind Eilarbeiten gewesen, und ist dieser Vertrag geradezu durchgepeitscht worden. Die Prin- zipale haben es dort nicht allein an dem nötigen Entgegenkommen fehlen lassen, sondern auch das ihre dazu beigetragen, daß der Vertrag, statt in aller Ruhe gründlich durchberaten zu werden, in Hast und Uebereilung zusammengestellt wurde, und keine gute und wirklich brauchbare Arbeit geliefert werden konnte. Schon die Uebereilung, mit der auf Drängen der Prinzipale die Verhandlungen anberaumt wur- den, mußte die endgültige Einigung außerordentlich erschweren. Würde doch der Berliner Streikleitung keine Zeit gegönnt, die Vertreter, die nach Leipzig entsandt werden sollten, ordnungsgemäß von den Ausgesperrten wählen zu lassen! Dies trug natür- lich dazu bei, daß die Ausgesperrten, als ihre Ver- treter mit dem Vertrag zurückkamen, um so mehr erregt über den Mißerfolg waren, und glaubten, die Vertreter hätten nicht alles getan, um zu erringen, was möglich war. Die Unterschreibung dieses Ent- wurfes habe nicht den Wert, welcher von allen Nednern demselben beigemessen wird, da derselbe nur so lange bündig ist, bis die öffentlichen Versamm- lungen dazu gesprochen haben. Frischa hätte unsere Forderungen geradezu als eine Prämie für den ihnen durch den Streik erwachsenen Schaden be- zeichnet. Auch er kann diesen Vertrag nicht empfehlen, aber wir sollten doch bedenken, daß man nach einem derartig langen Kampf nicht mehr alle Forderungen in ihrer ursprünglichen Gestalt durch- bringen kann. Wir haben es mit einem Gegner zu tun, der noch nicht zu unseren Füßen liegt. Er weißt sodann den Vorwurf hant, daß der vor- gelegte Entwurf nicht dem Original entspräche, ent- schieden zurück und empfiehlt die Resolution der Ortsverwaltung.

Die Versammlung wurde nun derartig unruhig und erregt, daß sie keinen Redner mehr zum Wort kommen ließ, und wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Als Kollege Marx als Referent das Schlußwort erhielt, erhob sich ein derartiger Tumult, daß nur durch schnelle Vertagung der Versammlung auf fünf Minuten dieselbe vor einer polizeilichen Auf- lösung geschützt wurde.

Nach Wiedereröffnung der Versammlung ver- zichtet Kollege Marx auf das Schlußwort, bringt aber die Leipziger Resolution noch zur Verlesung. Die vorgelegte Resolution der Ortsverwaltung gelangte nicht zur Abstimmung, vielmehr wurde folgende, von einigen Werkstattribrautensleuten unterschriebene und von Hanke eingebrachte Resolution gegen drei Stimmen angenommen:

„Die Versammlung nimmt mit Entrüstung von den traurigen Ergebnissen der Verhandlungen in Leipzig Kenntnis. Sie verwirft entschieden den unterzeichneten Vertrag und erklärt, lieber eine tariflose Zeit zu bestehen, als sich mit einer solchen Mißgeburt zufrieden zu geben. Die Versammlung beauftragt den Verbandsvorstand, eine neue Ver- handlung mit den Arbeitgebern herbeizuführen, und

zwar auf Grund der bisherigen Tarifforn sowie der allgemein aufgestellten Tarifforderungen.

Die Versammlung erklärt ferner, daß der Streik so lange fortbesteht, bis annehmbare Be- dingungen geschaffen oder die Streikenden es für notwendig erachten, den Kampf zu vertagen, und sie jenen ihr Vertrauen in die deutsche Arbeiter- schaft, daß sie den um ihre teuersten Rechte kämpfenden ihre Unterstützung auch ferner zuteil werden läßt.“

Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin. In der am Sonnabend, den 21. Juli statt besuchten Ausgesperrtenversammlung im Ge- werkschaftshaus gab Marx ein Bild über die gegen- wärtige Lage der Aussperrung. Er bringt den Brief- wechsel der beiderseitigen Verbandsvorstände zur Be- leuchtung und weist auf eine irrige Auffassung des „Jour- nals für Buchbinderei“ hin. Darin wird geschrieben, daß ein Teil unserer Vertreter den Vertrag nur des- halb unterzeichnet habe, weil die Streikfassen erschöpft seien und die Solidarität der übrigen Gewerkschaften nicht ausreichte, um den Kampf erfolgreich weiter führen zu können. Dies müsse ganz entschieden zurückgewiesen werden.

Mar fügte dem hinzu, man könne aus diesen Schreiben sehen, wie schnell beiderseitig gearbeitet worden sei. Er berichtet weiter, daß in einer Ver- sprechung der Berliner Prinzipale, welche in den Män- nern der Firma Wübden stattgefunden hat, be- schlossen worden sei, daß die Personale schriftlich auf- gefordert werden sollen, am Montag, den 23. Juli, die Arbeit wieder aufzunehmen, anderenfalls sie über- haupt nicht wieder in den Betrieb kommen. Redner sagt, er spreche wohl jedem aus dem Herzen, wenn er erkläre, dies sei nur ein Schreckschuß, um die Aus- gesperrten wandelmütig zu machen und er dürfe wohl hoffen, daß auch nicht ein einziger diesem Unsinne nachkomme. Denn jetzt sei der Wendepunkt über- schritten, nun geht es der Saison in unserem Ge- werbe zu. Darum müsse der Kampf einmütig Schulter an Schulter weitergeführt werden. Sodann weist Redner auf die Notiz im „Berliner Tageblatt“ hin. Hiernach seien natürlich die Forderungen gänz- lich unangebracht, namentlich noch, wo doch die Prin- zipale den Akkordtarif mit seinen zahlreichen her- renden Preisen unbedenklich weiter zahlen wollten. Bei diesen Preisen hätten normal ausgebildete Ge- hülfen 40—55 Mk. und geübte Arbeiterinnen 25 Mk. und mehr verdient. Im übrigen würden große Auf- lagen bereits nach der Provinz vergehen.

Redner wendet sich gegen diesen letzten Satz. Dies sei eine richtige Entde, denn unser Apparat funk- tioniere so gut, daß wir sofort unterrichtet würden, wenn irgendwo die kleinste Arbeit ausstehen würde. Im weiteren verweist Redner auf die einzige, die Ar- beiterinteressen wirklich vertretende Presse und dies sei die sozialdemokratische. Wo nun jetzt mit ver- stärktem Mitteln gekämpft wird, müsse jeder seine Kraft einbringen, um eventuelle Arbeitswillige abzu- fangen. Trotzdem mach Ansicht der Prinzipale das Letzte, was bewilligt werden konnte, bewilligt worden sei, muß eben der Kampf bis zur Erringung besserer Bedingungen weitergeführt werden. Redner weist nochmals darauf hin, daß trotz alledem die Versamm- lung ihre Zustimmung zu dem Vertrag noch geben kann. Dies wird stürmisch zurückgewiesen.

Ferner fordert Mar die Anwesenden auf, sämt- liches Material in bezug auf die Polizei betr. Sittie- rungen usw. auf dem Bureau zu melden. Präulein Sieber hebt hervor, daß es ihr noch nicht geüht sei, 25 Mk. pro Woche zu verdienen, meistens handle es sich um Löhne von 15 Mk., dies sei wohl bei den meisten Arbeiterinnen der Fall. Spigner tritt dem entgegen, daß Gehältern 40—55 Mk. verdienten, es sei jedenfalls ein Irrtum, es solle wohl heißen 40 bis 55 Pf. die Stunde.

Rüger bringt folgende Resolution ein:

„Die Berliner Ausgesperrten erklären, auf etwaige Briefe der Prinzipale zwecks Wiederauf- nahme der Arbeit nicht zu reagieren, sondern nach wie vor einmütig im Kampfe auszuhalten zu wollen, bis seitens der Unternehmer annehmbare Zu- geständnisse gemacht worden sind.“

In seinem Schlußwort fordert Mar die Aus- gesperrten zum Ausschalten auf. Hierauf wird die Resolution einstimmig angenommen. Mit einem Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Lohnbewegungen.

Nachstehende Firmen sind gesperrt: A. Arltichs und Lonnar in Nachen, Lösch in Annaberg, N. Sud in Berlin, Fiebig, Gebauer und Schröder in Breslau, Schäffer in Grünstadt, J. Heinrich in Luckenwalde, A. Blohorn in Offenbach a. M., Görlich in Spremberg, J. G. M. Nieger und C. F. Kaiser in Solingen, Zimmermann u. Ko. in Düsseldorf.

In Luzern (Schweiz) sind gesperrt die Be- triebe J. Gilt, K. Bürgisser, J. Weiland, P. Günter, E. Haf und Leibacher.

Zugung ist fernzuhalten von Erlangen, Jürth, Nürnberg, Spremberg, Berlin, Leipzig und Stuttgart.

Allerlei Interessantes.

I.

Der große „Deutsche Patriotische Buchbinder- verband „Einigkeit!“ Am 16. Juni wurde von den Ar- beitswilligen der Berliner Buchbinderei Ludwig ein gezeckter Streifbrevierverein gegründet, der obigen stolzen Namen trägt. Die erste Handlung dieses aus 14 der edlen staatsverhaltenden Elemente zusamen- gesetzten Vereins war, ein symbolisches Vereinsab- zeichen sich zuzulegen, welches denn auch nach langem Suchen gefunden wurde.

Nicht genug hiermit, nach Höherem stand das Streben. Man wollte wachsen und gedeihen, man wollte sich ausbreiten, damit man dem Buchbinder- verband entgegneten könne, damit man ihn in die Schranken, die er freventlich durchbrochen, zurückzu- weisen die Macht gewänne.

Zu diesem lobenswerten Beginnen wurde ein Zirkular an die an der Aussperrung beteiligten Un- ternehmer gerichtet, das oben das Wort „Vertauslich“ trägt. Ein beigelegtes Schreiben richtet sich „An die lieben Kollegen und Kolleginnen“ und ladet zu einer am Mittwoch, den 18. Juli, stattfindenden Versamm- lung ein. Große Hoffnungen wurden auf diese Ver- sammlung gesetzt, rechnete man doch mit dem Er- scheinen von wenigstens 200—250 Personen.

Nach Eröffnung dieser Versammlung konnten 25 Männlein und 11 Weiblein gezählt werden, von denen jedoch ein großer Teil nicht Berufsangehörige waren.

Der Versammlungsleiter, Schröder sein Name, führte in seiner Eröffnungsrede aus, welche Um- stände die Kollegen und Kolleginnen der Firma Ludwig veranlaßt hätten, diesen patriotischen Buch- binderverband zu gründen. Zunächst sei er nur dazu bestimmt worden, seinen Mitgliedern Unterhaltung geselliger Natur zu verschaffen, als da sind: Spazier- gänge, größere Ausflüge usw. Aber bald hätten die Leiter des Verbandes gespürt, daß ihr Schöpfung zu Höherem ausreifen sei. Dem Unternehmertum und Kapitalismus bezuzusehen in ihrem Bemühen, den Deutschen Buchbinderverband niederzuzwingen, das sei das hohe Ziel, das man sich jetzt gestellt habe. Und dazu bedürfe man die Kraft aller, die nicht mit dem Arbeiterverbände sympathisieren. „Die Ver- bändler haben uns oft beschimpft, aber wenn wir ihnen mannhast entgegentreten, können sie uns nichts anhaben.“ Die Ziele des „Patriotischen Buchbinder- verbandes“ sollen in der Weise verwirklicht werden, daß bei etwaigen Streiks die Mitglieder an die Unternehmer, die durch den Streik in Verlegenheit sind, ausgelost werden. Dann muß ein jeder aus Interesse zur Sache dahin gehen, wohin ihn das Los schießt. Nach Beendigung des Streiks geht jedes Mit- glied wieder an seinen alten Platz zurück. Auf diese Weise werden sich die Mitglieder des neugegründeten Verbandes die besten Plätze in den Betrieben sichern. „Von allen Sitzungen und Versammlungen sollen die Verbändler ausgeschlossen sein. Sie sind für u uns nicht da. Auf diese Weise werden wir schnell groß und stark werden.“ Nach und nach sollen dann verschiedene Unterföpfungszweige eingeföhrt werden. Der Beitrag beträgt pro Woche 35 Pf. für Arbeiter, 10 Pf. für Arbeiterinnen. Eintrittsgeld 50 Pf.

In der Diskussion kamen verschiedene Meinun- gen zum Ausdruck. Einer meinte, es stände nicht der rechte Mann an der Spitze. Ein anderer gar wollte, daß im offiziellen Titel das Wort „Patriotischer“ gestrichen und das in den deutschen Reichsfarben auf der Brust eines jeden Vereinsmitgliedes prangende Vereinsabzeichen beseitigt werden sollte. Man wolle doch keine Politik treiben, sondern möglichst danach streben, die Arbeitszeit auf ein Minimum zu be- schränken und den Verdienst zu erhöhen. Ein anderer Redner weist darauf hin, daß die Auslosung der Mit- glieder bei Streiks doch eine gefährliche Sache sei. Es könne z. B. doch jemand in einem Betriebe sein, wo gut bezahlt und darum nicht gestreikt wird. Wenn dieser jemand nun aus seiner gutbezahlten Stellung hinaus- und in eine schlechter bezahlte „hineingeknobelt“ werden solle, dann habe er doch großen Schaden. Man müsse doch annehmen, daß in den Werkstätten, wo gestreikt werde, auch schlecht be- zahlt wird. Denn diese schlechte Bezahlung sei doch die Ursache des Streiks. Beim Geldbeutel höre nun aber die Gemüthlichkeit auf und darum werde dort wohl auch die „Knobelei“ aufhören müssen.

Der Vorsitzende erwiderte hierauf, daß diese Sache noch nicht ganz geklärt sei. Aber von dem Idealismus der Mitglieder müsse man erwarten, daß sie auch einmal mit etwas Weniger färlieb nehmen.

Nach Beendigung der Streiks könnten sie ja in ihre frühere Stellung zurückkehren. Die Prinzipale würden dies jedenfalls mit Freuden begrüßen.

Am Sonnabend soll eine Vertrauensmännerversammlung stattfinden, an der aus jeder Werkstube zwei Mann teilnehmen sollen. In dieser Sitzung soll das zukünftige Programm aufgestellt werden.

Kurz vor Drucklegung geht uns noch die telephonische Mitteilung zu, daß die Unternehmer bereit sind, auf Grund der Leipziger Resolution Verhandlungen herbeizuführen. Diese sollen bereits am Freitag, den 27. d. M., stattfinden.

Große Hoffnungen wird man nach dem Vorhergegangenen nicht auf diese Verhandlungen setzen können. Warten wir also ruhig das Weitere ab.

Abrechnungen

Vom 2. Quartal gingen vom 18. bis 24. Juli bei der Verbandskasse ein: Von Nachen mit 60 Mk.,

Altenburg 100 Mk., Bielefeld 44,02 Mk., Brandenburg 122,48 Mk., Düren 100 Mk., Elberfeld 200 Mk., Erfurt — M., Frankfurt a. M. 268,88 Mk., Gelsenkirchen 55 Mk., Gera 125 Mk., Glogau 77,46 Mk., Görlitz 59,40 Mk., Hagen 140 Mk., Kaufbeuren 95,90 Mk., Köln 150,20 Mk., Krefeld 350 Mk., Limbach 150 Mk., Lübeck 151,82 Mk., Magdeburg 572,76 Mk., Mülheim-Oberhausen — M., Neutlingen 150 Mk., Nostorf 55 Mk., Ruhl 105,74 Mk., Stettin 325 Mk., Ulm 40 Mk., Wiesbaden 73,85 Mk., Würzburg 165 Mk., Zeitz — M., Gau V 496,55 Mk., Gau IX 102,05 Mk., Gau X 68,97 Mk., Gau XI 56,08 Mk. und von Gau XII mit 253,30 Mk. E. Haueisen.

Quittung.

Vom 18. bis 24. Juli gingen bei der Verbandskasse für die Ausständigen in Berlin, Leipzig und Stuttgart ein: Von Nachen 146,80 Mk., Brandenburg 33,15 Mk., Breslau 32,60 Mk., Düsseldorf 57,10 Mk., Elberfeld 75 Mk., Erlangen 11,95 Mk., Frankfurt am Main 470 Mk., Freiburg 78,40 Mk., Gelsenkirchen 25,10 Mk., Glogau 24,30 Mk., Hannover 300 Mk.,

Karlsruhe 65 Mk., Koblenz 10,50 Mk., Meß 5 Mk., München 275 Mk., Ruhl 18,40 Mk., Solingen-Wald 80 Mk., Wiesbaden 37,90 Mk., Zeitz 23,25 Mk., Gau V 68,36 Mk., Gau IX 22,90 Mk., Gau XI 36,65 Mk., Gau XIII 130 Mk., darunter gesammelt von den organisierten Buchdruckern in Kaiserlautern 17,40 Mk. und vom Orts- und Bezirksverein der Buchdrucker in Ludwigshafen 30 Mk., Buchbinder-Sängerkorps Breslau 63 Mk., Verband freier Gastwirte Berlin 100 Mk., Verein der Schuhmacher in Peine 5 Mk., Verband der Buchbinder Kristiania 220 Mk., Zusammen 2421,86 Mk., Gesamtsumme der eingegangenen Gelder 29 496,70 Mk. E. Haueisen.

Briefkasten.

Hr. B. in B. Beim nächsten Postamt. An die Zeitungsenmpfänger. Die Nummern 18, 19 und 20 der Buchb.-Zeitung sind vergriffen. Wir ersuchen, etwa vorhandene überschüssige Exemplare dieser Nummern uns umgehend übermitteln zu wollen. Zurückgestellt wurde: Dresden, Hannover, Hamburg, Elberfeld, Offenbach, Darmstadt, Mannheim, Ludwigshafen, Frankfurt.

Anzeigen.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Mittsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Bonn.

Sonntag, den 29. Juli 1906, vormittags 11 Uhr

General-Versammlung im Restaurant „Düsseldorfer Hof“.

Tages-Ordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. 475] [8,50

Der Vorstand.

Verwaltungsstelle Hamburg.

Sonnabend, den 28. Juli 1906, abends 1/2 10 Uhr bei Stange, Zeughausmarkt

vierteljähr. Haupt-Versammlung

Tages-Ordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Sonnabend, den 28. Juli 1906, abends 9 Uhr, im Kassenlokal, Stephansbrücke 28

Haupt-Versammlung

Tages-Ordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Regensburg.

Samstag, den 28. Juli 1906, abends 8 Uhr, findet in der Brauerei Gittl fahrungsgemäße

Jahres-Hauptversammlung

Tages-Ordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Leipzig.

Montag, den 30. Juli 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Pantheon“

Haupt-Versammlung

Tages-Ordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl des Verwaltungsvorstandes. 3. Vortrag über: „Magnetische Heilung von Nervenkrankheiten.“ 4. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Hamburg.

Sonnabend, den 4. August 1906, abends 9 Uhr

im Hotel Stange, Zeughausmarkt 31 General-Versammlung

Tages-Ordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Arbeitsnachweis- und Bibliotheksbericht. 3. Innere Vereinsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht 476] [1,90

Der Vorstand.

Gau VIII.

Das Mitglied 477] [1,50

Hermann Puchka

aus Schirnding, Buchnummer 2505, wird ersucht, seine Adresse umgehend an Unterzeichneten einzufenden. Eventuell ersuchen wir die Bevollmächtigten und Mitglieder, die den Aufenthalt Puchkas kennen, uns diesen mitzuteilen.

Der Gauvorstand.

J. A.: Heim. Kornacker, Herrenhausen-Hannover, Herrenhäuserstr. 12 C.

Inferem lieben Kollegen und ältesten Zahlstellenmitglied Fritz Strohe zu seinem Scheiden ein 478] [1,20

herzliches Lebewohl!

Zahlstelle Hagen.

Inferem Zeitungs-Expedienten, dem Kollegen Franz Müller, zu seiner Vermählung mit Fräulein Lina Heim die besten Glückwünsche! 479] [1,20

Zahlstelle Karlsruhe.

2 Stuis - Fertigmacher,

welche für West- und Schmuck gute Arbeit liefern können, geg. hohen Lohn in dauernde Stellung sofort gesucht.

H. Neuhaus, Lüdenscheid, Königstr. 8.

Nürnberg

Laut Generalversammlungsbefehl vom 17. Juli wurde das Verzeichnis und Versammlungslokal sowie die Unterstützungsauszahlung zum Kollegen Schlegel, 480] [0,80

„Goldner Mörser“, Dötschmannsplatz 21

verlegt. Dasselbst stehen auch Logierbetten zu 1,20 Mk. pro Woche zur Verfügung. Für gute Küche, ff. Zucker-Bier, ist dasselbst bestens gesorgt.

Inferem verehrten Kollegen Detering bei seiner Abreise nach Amerika ein herzliches Lebewohl und auf Wiedersehen!

Gleichzeitig nochmals Dank für seine fruchtbare Tätigkeit in unserer Zahlstelle und seine vielen Stiftungen zugunsten unserer Bibliothek. 481] [1,80

Zahlstelle Hanau.

Karlsruhe.

Ihrem lieben Kollegen Franz Müller samt seiner Kleinen zu ihrer Vermählung die 482] [1,60

besten Glückwünsche!

Die organisierten Kollegen u. Kolleginnen der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Inferem werten Kollegen Ernst Kleinhagen und 483] Martin Schmidt [1,40

bei ihrer Abreise nach Eisenberg ein herzliches Lebewohl!

Die Kollegen der Zahlstelle Ruhla.

Inferem lieben Vorsitzenden Richard Wendt zu seiner Abreise von Straßburg nach Berlin ein 484] [1,40

herzliches Lebewohl!

Die Kollegen der Zahlstelle Straßburg i. E.

Seinem werten Mitglied und Mitbegründer, dem Kollegen 485] [2,40

Rich. Wendt

zu dessen unerwartetem Scheiden aus der wunderschönen Stadt, wünschen glückliche Reise und

ferneres Wohlergehen!

Der Junggesellenklub „Leimbahnen“-Straßburg. Vieh, Müller, Wörfel, Siegrist, Kleizler, Dettler.

Leihbibliothek,

ca. 3000 Bände, sehr gut erhalten, wegen Platzmangel billig zu verkaufen. Offerten unter O. S. an die Expedition der Niesenburger „Neue Presse“, Niesenburg. [486

Ein perfekter Goldpräger,

der auch im Satz durchaus bewandert ist, wird per sofort bei gutem Lohn für dauernde Stellung gesucht. Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschriften, Lohnangabe und Bild an die Expedition dieses Blattes 487] unter W. 469 erbeten. [2,60

Kostenfreier

Arbeitsnachweis für Buchbinder

O. Th. Winckler Leipzig

Seeburgstrasse 47

Papier- und Lederwaren

Buchbindereibedarf

Einrichtungen

für Laden und Werkstatt

zu günstigsten Bedingungen

Uhren u. Goldwaren

kaufen die Kollegen

gut und billig

bei

M. O. Liebsher

Leipzig-Neustadt, Alleestraße 16

Alle Reparaturen an Uhren und Goldwaren billig, gewissenhaft und schnell.